

Preis: 3 Euro

Das vierte Jahrzehnt



40 Jahre Augsburger Friedenswochen

Rückblick auf die letzten 10 Jahre Friedensarbeit in Augsburg



Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Editorial

Die 40. Augsburger Friedenswochen sind ein Grund auf unsere Friedensarbeit zurückzublicken. Die ersten zehn Jahre der Augsburger Friedensinitiative (AFI) sind bereits in unserer 1989 erschienenen Broschüre „Zwischen Nachrüstung und Modernisierung - ein Jahrzehnt gemeinsamer Friedensarbeit in Augsburg“ zusammengefasst. Die Friedensarbeit der AFI in den 90er-Jahren ist in der Broschüre „Das zweite Jahrzehnt Friedensarbeit in Augsburg“ aus dem Jahr 1999 wiedergegeben. Die Broschüre „Das dritte Jahrzehnt – 30 Jahre Augsburger Friedenwochen“ beschreibt die Friedensarbeit der AFI in den Jahren 2000 bis 2009. Die vorliegende Broschüre gibt eine Zusammenfassung des vierten Jahrzehnts unserer Arbeit wieder. Sie enthält eine Einschätzung der friedenspolitischen Entwicklung der letzten 40 Jahre und behandelt die Augsburger Ostermärsche, die Friedenswochen, die Aktivitäten zum jährlichen Augsburger Friedensfest in den Jahren 2010 bis 2019 und geht auf besonders bedeutende Aktivitäten der AFI des letzten Jahrzehnts, wie die Aktionen gegen die stattgefundenen und noch anhaltenden Kriege mit deutscher Beteiligung ein. Die jährlichen Aktionen der AFI sind ebenfalls in dieser Broschüre aufgeführt.

Wir würden uns freuen, wenn dieses Heft den einen oder anderen Leser ermutigt, sich mit Friedenspolitik zu beschäftigen und bei der AFI mitzuarbeiten. Die AFI trifft sich einmal im Monat, in der Regel am ersten Dienstag im Monat im 19:30 Uhr im Bürgerhaus Pfersee (Stadtberger Str. 17, Augsburg). Die Themen der Treffen sind unter www.augsburger-friedensinitiative.de zu erfahren.

AFI-Arbeitsausschuss

*Karl Augart • Gerda Heinzmann • Klaus Länger • Rainer Nödel •
Rosi Schulz • Klaus Stampfer*

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Editorial – Wir über uns | 3 |
| 40 Jahre Augsburger Friedenswochen | 4 |
| Ostermarsch und Friedenswochen 2010 bis 2019 | 9 |
| Atomwaffen abschaffen Mayors for Peace | 12 |
| Friedensstadt und Rüstungsschmiede | 16 |
| Kritische Aktionäre bei der Renk AG | 20 |
| Drohnenkrieg stoppen! | 21 |
| 70 Jahre Grundgesetz – Ein Erfolgsmodell? | 22 |
| Der endlose Krieg | 24 |
| Fluchtgrund Krieg | 28 |
| Keep hope alive | 29 |
| Unsere Bündnis- und Kooperationspartner | 32 |
| Impressionen und Epilog | 43 |

Impressum

Verantwortlich:

Augsburger Friedensinitiative (AFI)
c/o Klaus Stampfer
Hauptstr. 23a, 86486 Bonstetten

Gestaltung:

Klaus Länger
Dorfstr. 26, 89361 Landensberg

Druck:

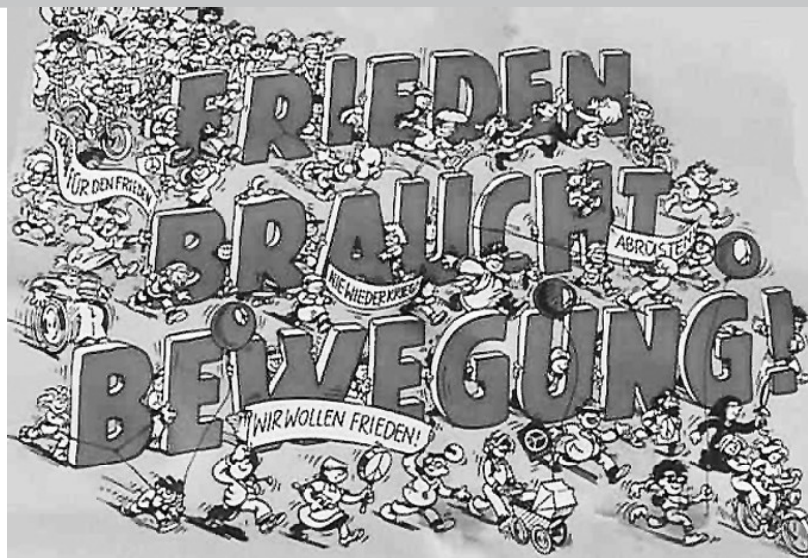
Kontrast-Druck Augsburg
Canisiusstr. 6, 86159 Augsburg

Bankverbindung:

AFI Sonderkonto Karl Augart
IBAN DE7320500000250441912
BIC AUGSDE77XXX



Augsburger Ostermarsch 2019



Die 40. Augsburger Friedenswochen

Eine Rückblick auf 40 Jahre Friedensarbeit in Augsburg

von Klaus Stampfer

Seit 1980 finden jedes Jahr im November die Augsburger Friedenswochen statt. Aus dem Bündnis der Organisationen, die 1980 und 1981 die Augsburger Friedenswochen organisiert hatten ist die Augsburger Friedensinitiative (AFI) hervorgegangen¹. Die Augsburger Friedenswochen sind auch deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Friedensarbeit der AFI. Sie sind zu einer festen Einrichtung geworden und stellen ein friedenspolitisches Erwachsenen-Bildungsprogramm dar. Die heuer stattfindenden 40. Augsburger Friedenswochen sind aber auch ein Anlass auf 40 Jahre politische Entwicklung und Friedensarbeit in Augsburg zurückzublicken.

Die Menschheit stand mehrmals nahe an der Katastrophe

In den 60er, 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts stand die Menschheit mehrmals vor ihrer Vernichtung. Wie nahe die Welt am 3. Weltkrieg stand ist durch die Jahrzehnte später erfolgte Bekanntgabe kritischer Situationen deutlich geworden. Drei Beispiele:

In der extrem angespannten Situation während der Kuba-Krise vom 14. Oktober bis 28. Oktober 1962 erhielten die amerikanischen Soldaten der

498th Tactical Missile Group auf der japanischen Insel Okinawa am 28. Oktober 1962 mehrmals die Codes zum Abfeuern der dort stationierten atomar bestückten Marschflugkörper gegen die Sowjetunion. In letzter Minute konnte der Irrtum aufgeklärt werden².

Der Kapitän und der Waffenoffizier des von US-Zerstörern angegriffenen sowjetischen U-Bootes B-59 vor Kuba wollten in Todesangst einen atomaren Torpedo gegen das US-Kriegsschiff abfeuern. Die Weigerung eines dritten Mannes hat dies verhindert³.

Die Führung der Sowjetunion war überzeugt, dass die Nato 1983 ein Manöver für einen atomaren Angriff vorbereite. In dieser angespannten Lage meldeten sowjetische Satelliten den Start mehrerer Atomraketen in den USA. Entgegen den Vorschriften löste der sowjetische Oberst Stanislaw Petrow keinen atomaren Gegenschlag aus und verhinderte so den 3. Weltkrieg⁴.

Mit dem Einsatz dieser Atomwaffen wäre mit der Strategie der Massiven Vergeltung der Atomkrieg ausgelöst worden. Wie inzwischen bekannt wurde, gab es viele Situationen, in denen der atomare Schlagabtausch in letzter Minute verhindert wurde, weil ein Irrtum noch rechtzeitig aufgeklärt werden konnte oder sich jemand weigerte den dritten Weltkrieg auszulösen. Der frühere US-Präsident Ford hat einmal erklärt, dass die Menschheit schon mehrmals um Haaresbreite nahe an der Katastrophe gestanden hat. Eine Verkürzung der Vorwarnzeit verringert auch die Zeit, in der aufgeklärt werden kann, ob ein Alarm durch einen Irrtum oder von einem tatsächlichen Angriff ausgelöst wird und zu einem atomaren Schlagaustausch führt.

Die atomare Bedrohung in den 80er Jahren

Mit dem Beschluss der Außenminister der NATO-Staaten am 11. Dezember 1979 in Mitteleuropa atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren wurde die Gefahr eines Atomkrieges enorm gesteigert, denn die Marschflugkörper waren in der Lage, das gegnerische Radar zu unterfliegen und die Pershing II Raketen konnten Atomsprenghköpfe mit einer Ziel-Genauigkeit von 30 Metern binnen 10 Minuten nach Moskau ragen. Die Vorwarnzeit für die sowjetische Seite wurde damit auf wenige Minuten reduziert. Für eine

Korrektur im Falle eines Fehllarms war nur kurz Zeit. Die Standorte der Mittelstreckenraketen in der BRD waren die bevorzugten Ziele eines atomaren Schlagabtausches. Die atomare Bedrohung und das Engagement gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa waren auch der Anlass für das Wiedererstarken der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre. In Massenkundgebungen konnten bundesweit bis zu 1.000.000 Menschen mobilisiert werden. Aus Augsburg nahmen Hunderte an den Demonstrationen in Bonn und 1400 an der Menschenkette von Ulm nach Stuttgart teil.

Die Friedensbewegung der 80er Jahre war von einem breiten politischen Spektrum getragen, das von den christlichen, pazifistischen und antifaschistischen Organisationen, den Grünen und dem ökologischen Spektrum, Teilen von SPD und Gewerkschaften, und den sozialistischen und kommunistischen Parteien und Organisationen reichte. Für die Partei der Grünen war die Friedensbewegung eine ihrer wichtigsten Wurzeln. Neben der Mobilisierung zu den großen Demonstrationen führte die AFI die jährlichen Friedenswochen im November, die Ostermärsche und eine Vielzahl von Vorträgen und Aktionen, u.a. für eine atomwaffenfreie Zone in Augsburg durch. Mit der Beratung von Kriegsdienstverweigerern konnte die Zahl der Verweigerer kontinuierlich gesteigert werden.

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen durch die konservative Bundesregierung und dem als verloren geglaubten Kampf gegen die Stationierung lies das Engagement vieler Friedensbewegter nach. Zudem war es nicht möglich eine derart große Bewegung über einen langen Zeitraum aufrecht zu erhalten. Viele Aktivisten bewegten sich an ihrer Belastungsgrenze.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden die in Mitteleuropa stationierten Mittelstreckenraketen wieder abgezogen und damit wurde die unmittelbare Gefahr eines Atomkrieges verringert. Eine der wichtigsten Forderungen der Friedensbewegung in den 80er Jahren ging in Erfüllung.

Die Vorbereitung der Bundeswehr für Kriegseinsätze nach 1990

Nach den weltpolitischen Veränderungen 1989 und 1990 und dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus verschwanden



Organisationen des sozialistischen und kommunistischen Spektrums. Resigniert zogen sich viele ihrer Mitglieder ins Private zurück. Nur wenige Organisationen und Parteien aus diesem Spektrum konnten den Wandel stark geschwächt überstehen. Die Friedensbewegung wurde dadurch weiter geschwächt. Andere Organisationen und Parteien orientierten sich neu. Die Grünen konzentrierten sich auf die Mandats- und Parlamentsarbeit und zogen sich zunehmend aktiv aus der Friedensarbeit zurück. Für SPD und Gewerkschaften waren die Friedensfragen nur noch Randthemen. Für den Großteil der Bevölkerung waren mit dem Wegfall des Feindes im Osten die Auseinandersetzung mit Friedensfragen in den Hintergrund und mit der Verschärfung der sozialen Probleme und steigender Arbeitslosigkeit andere Themen in den Vordergrund gerückt. So ist auch zu erklären, dass die Anfang der 90er Jahre von pazifistischen Organisationen gestartete Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr (BRD ohne Armee) auf nur geringe Resonanz stieß. Dennoch löste der Golfkrieg 1991, finanziell und logistisch durch die Kohl-Regierung unterstützt, mit der Möglichkeit, dass Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg erstmals wieder militärisch in einen Krieg hineingezogen werden könnte, anfangs Verunsicherung und Empörung aus. An den ersten Demonstrationen gegen den Golfkrieg beteiligten sich in Augsburg bis zu 2000 Menschen. Der Golfkrieg 1991 stand am Anfang einer Entwicklung, die für die 90er Jahre bezeichnend war: Kriege wurden wieder Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele. Das wiedervereinigte Deutschland war nur noch von politischen Freunden umgeben und hatte keinen militärischen Feind mehr. Statt die Bundeswehr abzuschaffen wurde sie mit den flankierenden Urteilen

Großdemo 1981 in Bonn gegen die atomare Aufrüstung.
Bild: Wikipedia (gemeinfrei)

des Bundesverfassungsgerichts und anfangs mit den sogenannten „humanitären“ Einsätzen propagandistisch für den weltweiten Einsatz vorbereitet. Der damalige Verteidigungsminister Wörner hat mit der Parole „out-of-area or out-of-business“ das Ziel dieser Entwicklung beschrieben – entweder macht die Bundeswehr bei den weltweiten Einsätzen mit oder sie ist nicht mehr im Geschäft. Die Bundesregierung hat sich sämtlicher Beschränkungen aus dem Erbe des Faschismus entledigt und wollte jetzt bei den Mächtigen dieser Welt mitmischen. Schritt für Schritt sollte die Bevölkerung an den Kriegseinsatz der Bundeswehr gewöhnt werden. Die Beteiligung am UN-Einsatz in Kambodscha in 1992 und 1993 leitete diese Entwicklung ein, gefolgt von Auslandseinsätzen in Somalia, auf dem Balkan, in Afrika, im Nahen und im Fernen Osten. Die Warnungen und Proteste der stark reduzierten Friedensbewegung anfangs der 90er Jahre wurden kaum beachtet.

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer konnte jedoch weiter gesteigert werden. Verbunden war diese Entwicklung auch mit dem Wandel bei SPD und vor allem bei den Grünen. Bereits im Bürgerkrieg in Bosnien zeigte sich, dass Teile der Grünen ihre pazifistische Programmatik nie aufgearbeitet und verstanden hatten. Unter den Eindrücken des Krieges folgten sie der offiziellen Kriegsrechtfertigung. Andere Teile der Grünen sahen in den friedenspolitischen Wurzeln ein Hindernis auf dem Weg zur Macht. So bezogen z.B. die Grünen in Augsburg nicht mehr eindeutig Stellung gegen den Eurofighter 2000, für den im Augsburger DASA-Werk Teile gefertigt werden, wegen der Befürchtung, dass eine Ablehnung Stimmen bei der Kommunalwahl kosten

könnte. Mit der Unterstützung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien hatten sich die Grünen dann endgültig ihres pazifistischen Flügels entledigt und sind ins Lager der Kriegsbefürworter gewechselt. Diese Entwicklung führte 1999 in den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen

Jugoslawien mit aktiver Beteiligung der Bundeswehr. Im Jahr 1999 novellierte die NATO ihre Militärstrategie. Sie legte nunmehr fest, dass sie zukünftig auch „ohne UNO-Mandat militärisch zu intervenieren gedenke, wo immer und wann immer dies erforderlich schien“.⁵ Seit nun 20 Jahren ist die Bundeswehr Teil der Besatzungstruppe auf dem Balkan. Korruption, Menschen- und Drogenhandel hat sich wie ein Krebsgeschwür über das Kosovo ausgebreitet, 200.000 Serben sowie alle Sinti und Roma werden für immer vertrieben bleiben. Der Krieg hat das Unrecht potenziert.

Die Bundeswehr im Krieg in den 2000er Jahren

Im Jahre 2001 rechtfertigte die US-Regierung mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September den schon ein halbes Jahr zuvor geplanten Krieg gegen Afghanistan. Aus strategischen Gründen und um mit einer Pipeline das von US-Firmen mit vielen Milliarden Dollar erschlossene Erdöl nicht den Chinesen zugänglich zu machen, sondern selbst darüber verfügen zu können, wurden in dem völkerrechtswidrigen Angriff Zehntausende getötet. Es waren nicht die USA, „die unbedingt einen militärischen Beitrag der Bundeswehr eingefordert hatten, sondern Gerhard Schröder und Joseph Fischer (hatten) ihn den USA geradezu aufgeboten, damit Deutschland im ‚Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ Einfluss und Mitsprachemöglichkeiten bekäme“⁶. Schröder und Fischer erhofften sich auch mit dem Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu ergattern und damit endlich in der ersten Liga der Mächtigen dieser Erde mitspielen zu dürfen. Hunderttausend Afghanen und 56 BW-Soldaten⁷ haben diesen Wahnsinn mit ihrem Leben bezahlt. Der Krieg hat unzähliges Leid über die Bevölkerung gebracht, Korruption und Drogenhandel etabliert. Die NATO-Staaten stehen heute ratlos vor dem von ihnen angerichteten Scherbenhaufen.

Der ebenfalls völkerrechtswidrige Krieg der USA und anderer beteiligten Staaten gegen den Irak im Jahr 2003 wurde, wenn auch nicht offiziell zugegeben, massiv logistisch von der Bundesregierung unterstützt. Dass keine Bundeswehr-Soldaten im Irak töteten, ist dem großen Widerstand gegen

Friedensarbeit 2010

- Demo gegen Sicherheitskonferenz in München
- Teilnahme an den Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch
- Treffen zur Vernetzung der Friedensinitiativen in Bayern
- Veranstaltung „Märchenweisheit der Völker - Konfliktlösung ohne Gewalt“
- Osteraktion mit Kundgebung, Demo und Infoständen
- Veranstaltung „Fremder Feind, so nah – Dialog zwischen Palästinensern und Israelis“
- Mahnwache zum 65. Hiroshima-Jahrestag
- Kinderfest im Botanischen Garten (Friedensbaum, Kraniche gegen Atombomben)
- 31. Augsburger Friedenswochen mit 19 Veranstaltungen

eine Kriegsbeteiligung vor der Bundestagswahl zu verdanken.

Die Bundeswehr ist zu einer Kriegsführungsarmee mutiert. Mit Bedauern müssen wir feststellen, dass dabei Parteien, die in den 80er-Jahren noch zur Friedensbewegung gezählt haben, das Führen von Angriffskriegen eingeleitet haben, das Grundgesetz, die UN-Charta und das Völkerrecht missachteten und all dies von den deutschen Justiz auch noch sanktioniert wird.

Mit den Kriegseinsätzen der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan wurde ein neues Kapitel deutscher Politik eingeleitet. Krieg zu führen ist nun Teil deutscher Außenpolitik. Die Friedensbewegung reagierte mit Kundgebungen und Demonstrationen auf die Kriege und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Vor dem Irakkrieg demonstrierten in Berlin mehr 500.000 Menschen gegen den drohenden Krieg. Aus Augsburg fuhr ein vollbesetzter Bus zu dieser Demo. Vor und während des Irak-Krieges fanden in Augsburg im zweiwöchentlichen Zyklus Kundgebungen mit bis zu 1000 TeilnehmerInnen statt. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg auch in den folgenden Jahren kontinuierlich an und lag schließlich 2001 bei nicht weniger als 180.000. Parallel hierzu wuchs auch das Ansehen dieser Gruppe in der bundesdeutschen Gesellschaft. Wie Umfragen zeigten, verflüchtigte sich das Drückeberger-Klischee und machte mehrheitlich einer sehr positiven Beurteilung der Kriegsdienstverweigerer als „Zivi“ Platz⁸.

Weitere Kriegseinsätze und der neue Kalte Krieg

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ein Stück weit Normalität geworden. Es folgten Kriegseinsätze der Bundeswehr in Somalia, Südsudan, Mali, Senegal, Westsahara, Irak, Liberia, Syrien und im Mittelmeer. Die Kriegseinsätze in Afghanistan und auf dem Balkan wurden immer wieder verlängert und dauern an. Deutschland förderte die Osterweiterung der Nato und beteiligte sich mit Soldaten der Bundeswehr an den Einsätzen dort. Das Feindbild Russland wurde reaktiviert und diente zur weiteren Aufrüstung und Erhöhung der Rüstungsausgaben. Die Rüstungsausgaben der Nato-Staaten übersteigen schon jetzt die Rüstungsausgaben Russlands um das Vierzehnfache. Die Nato fordert eine weite-



re Erhöhung auf 2% des Brutto-Inlandprodukts (BIP), was eine Steigerung des deutschen Militärbudgets von 42 Milliarden Euro auf über 80 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde.

Die westlichen Staaten setzten die Regime-Change-Politik, die bereits Afghanistan und den Irak als zerstörte Staaten hinterlassen hat, in Libyen und Syrien fort. Der Krieg in Syrien, an dem völkerrechtswidrig auch Deutschland beteiligt ist, entwickelte sich zu einem Stellvertreterkrieg über die Einflussphären im Nahen Osten. Die Interessensetze westlicher Staaten, Israel und Saudi-Arabien auf der einen Seite und Syrien, Russland und Iran auf der anderen Seite prallen aufeinander. Die Türkei ist ebenso Kriegspartei und verfolgt eigene Interessen, vor allem gegen die Kurden.

Ein neuer Kalter Krieg mit einer Aufrüstungsspirale wurde eingeleitet. Bereits 2002 traten die USA einseitig vom ABM-Vertrag zur Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen zurück. Der neue Rüstungswettlauf ist flankiert vom Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa und der Kündigung des INF-Vertrages (keine Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von 500 bis 5500 km) durch die USA.

Neben den direkten Kriegseinsätzen wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen ungeliebte Staaten, die zu schon in den 1990er-Jahren zu Hunderttausenden toten Kindern im Irak führten, weiter ausgedehnt.

Deutschland zählt zum drittgrößten bis fünfgrößten Waffenexporteur weltweit. Mit Waffen aus Deutschland werden Kriege geführt und Menschen ermordet. Diese Waffen sind Brandbeschleuniger in den Kriegs- und Krisengebieten.

Die als Reaktion auf den Konflikt in der Ukraine entstandenen Montags-Mahnwachen wurden

Bundeswehr im SFOR-Einsatz in Bosnien Januar 2004.

Bild: Wikipedia (gemeinfrei)

von Teilen der traditionellen Friedensbewegung nicht als Chance genutzt, sondern anderen, teils auch esoterischen und rechten Kräften überlassen und anschließend bekämpft. In etwa 120 Städten fanden 2014 jeden Montag Mahnwachen statt. Die Auseinandersetzung traditioneller Friedensorganisationen mit den Montags-Mahnwachen führte dazu, dass sich keine große Friedensbewegung als Reaktion auf die zunehmende Kriegsgefahr entwickeln konnte. Demonstrationen gegen die US Airbase Ramstein, über die die Drohnenangriffe im Nahen Osten gesteuert und die US-Truppen dort mit Waffen und Material versorgt werden, fanden nur geringe Unterstützung durch die alten Friedensorganisationen und durch Parteien. Nicht unwesentlich zur Spaltung der Friedensbewegung haben die Antideutschen beigetragen, die die Kriege der USA und Israels gutheißen und jede Kritik an der Siedlungspolitik Israels, der Checkpoints in den Palästinensergebieten, der Häuserzerstörungen und der Trennungsmauer als Antisemitismus diskreditieren und damit erreichen, dass für Veranstaltungen Räume gekündigt werden und Fördergelder gestrichen werden.

Erfolgreich waren die Kampagnen von „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und Aktionen der Kritischen Aktionäre bei Rüstungsfirmen, die zu Anklagen z.B. gegen Heckler & Koch führten.

In Augsburg wurden die Tätigkeitsbereiche der AFI ausgeweitet. Neben den Ostermärschen mit zunehmend größeren Teilnehmerzahlen (2011: 198, 2017: 430) über die Friedenswochen sind Veranstaltungen zur Befreiung vom Faschismus am 8. Mai, zur Europawoche Anfang Mai, zum Friedensfest von Mitte Juli bis 8. August und zum Antikriegstag am 1. September hinzugekommen. Verstärkt hat sich die AFI auch in der Erinnerungsarbeit über die Verbrechen des Naziregimes und dazu in den der Denkort-Initiative zur Halle 116 und der Stolperstein-Initiative engagiert. Die Wehrpflicht wurde zwar nur ausgesetzt und nicht abgeschafft. Dennoch ist damit vielen Jugendlicher die Erziehung zum militärischen Denken erspart worden.

Unser Politikverständnis

Wir verstehen Politik als gesellschaftliches Handeln zur Durchsetzung von Interessen. Die relative Stärke der Handelnden, das Zusammenarbeiten mit anderen Kräften und die passenden Ideen

und Umsetzungen zum richtigen Zeitpunkt entscheiden darüber, wie weit es möglich ist, seine Interessen durchzusetzen oder zu verhindern, dass entgegen gesetzte Interessen sich durchsetzen. Die Praxis bestätigt auch, dass es nur selten eindeutige Sieger oder Verlierer gibt, sondern dass die einzelnen Interessen mehr oder weniger durchgesetzt werden können. Die Friedensbewegung war nicht stark genug, die Kriegseinsätze der Bundeswehr zu verhindern. Mit einigen Gerichtsurteilen (z.B. Urteile zu „Soldaten sind Mörder“), der mehrheitlichen Ablehnung des Afghanistan-Krieges der Bundeswehr in der Bevölkerung, den Aufklärungsveranstaltungen und Antikriegs-Aktionen sind wir jedoch der Stachel im Fleisch der Kriegsbefürworter. Die Machteliten sind gezwungen, ihr Handeln zu rechtfertigen. Sorgen wir dafür, dass ihnen diese Rechtfertigung bald nicht mehr gelingt. Für alle Menschen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen wird die AFI auch weiterhin das friedenspolitische Forum in Augsburg sein.

Endnoten

- 1 Siehe hierzu „Von der Initiative Augsburger Friedenswochen zur Augsburger Friedensinitiative“ in der Broschüre „Zwischen ‚Nachrüstung‘ und ‚Modernisierung‘, Ein Jahrzehnt Friedensarbeit in Augsburg“
- 2 www.spiegel.de/geschichte/kuba-krise-1962-falscher-abschussbefehl-fuer-atomraketen-a-1060165.html
- 3 www.spiegel.de/geschichte/kuba-krise-aufklaerungsbilder-schokieren-die-welt-a-947760.html
- 4 www.spiegel.de/geschichte/vergesener-held-a-948852.html
- 5 Jürgen Rose, Ernstfall Angriffskrieg, Verlag Ossietzky GmbH, Seite 79
- 6 Jürgen Rose, Ernstfall Angriffskrieg, Seite 62
- 7 de.statista.com/statistik/daten/studie/153902/umfrage/in-afghanistan-gefallene-bundeswehrsoldaten/
- 8 www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/216758/kriegsdienstverweigerung



**Augsburger
Friedensinitiative**

Straße und Vortragssaal

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Osteraktionen und der Friedenswochen 2010 – 2019

von Klaus Länger



Der Ostermarsch und die Augsburgs Friedenswochen sind die wichtigen Fixpunkte in den Aktivitäten der Augsburgs Friedensinitiative. Die Vorbereitungstreffen für die ersten Augsburgs Friedenswochen im November 1980 waren die Keimzelle für die Augsburgs Friedensinitiative, die 1982 als breites Aktionsbündnis unterschiedlichster Organisationen aus der „Initiative Augsburgs Friedenswochen“ entstand.

Der erste Ostermarsch in Augsburg fand bereits 1963 statt, nur fünf Jahre nach den ersten Ostermärschen in England und drei Jahre nach dem ersten Ostermarsch in der Bundesrepublik. Ende der 60er-Jahre schloß die Ostermarschbewegung allerdings ein, um erst in den 80er-Jahren angesichts der atomaren Bedrohung eine Renaissance zu erleben. Seit 1982 finden in Augsburg jedes Jahr Ostermärsche oder Osteraktionen statt. Die Aktionsformen haben sich aber geändert: In den ersten Jahren gingen die Ostermärsche oft von Augsburg aus zu entfernteren Zielen wie Neu Ulm, Donauwörth oder dem Derchinger Forst. Seit 1990 finden die Osteraktionen in Augsburgs statt, in der Regel als Kundgebung mit anschließendem Demozug durch die Innenstadt.

Bundesweite Bedeutung

Für die Friedensbewegung insgesamt sind die bundesweit stattfindenden Ostermärsche eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen eine breitere Berichterstattung über ihre Ziele und Forderungen in Fernsehen, Radio und überregionalen Zeitungen stattfindet. Generell ist die Zahl der Ostermärsche und auch die der TeilnehmerInnen in der vergangenen Dekade wieder gestiegen: Das Netzwerk Friedenskooperative vermeldet für

2019 Ostermärsche und andere Osteraktionen in mehr als 100 Städten. Dabei waren bei einigen Aktionen am Karfreitag Aktive von „Fridays for Future“ mit beteiligt.

2010,

zum 50-jährigen Jubiläum der ersten Ostermärsche in Deutschland, waren es bundesweit noch etwa 70 Aktionen. In Augsburg war, passend zum Jahrestag, die Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen einer der Schwerpunkte. Weitere Themen waren der Afghanistankrieg und die deutschen Waffenexporte. Etwa 180 Menschen versammelten sich auf dem Königsplatz.

Bei den 31. Augsburgs Friedenswochem im selben Jahr gehörten die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Situation im Nahen Osten und die Forderung nach einer Zivilklausel zu den Themen. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr Afrika, etwa bei der Veranstaltung „Afrika 50 Jahre nach der Unabhängigkeit – zwischen Resignation und neuen Hoffnungen“ mit Andreas Zumach.

2011

stand der Ostermarsch im Zeichen des Angriffs westlicher Staaten auf Libyen und des Atomunfalls im japanischen Fukushima. Die AFI erklärte zu Libyen im Aufruf zum Ostermarsch: „Wir begrüßen eine friedliche Ablösung der Autokraten in den nordafrikanischen und arabischen Ländern. Aber die Luftangriffe auf Libyen sind dafür der falsche Weg. Militäraktionen führen immer zu Opfern unter der Zivilbevölkerung. Zudem führen sie zu einer Ausweitung der militärischen Aktionen der libyschen Armee gegen die Aufständischen. Anzumerken ist außerdem, dass die Länder, die die Luftangriffe auf Libyen

Ostermarsch und Friedenswochen



Demozug durch die Maximilianstraße beim Ostermarsch 2011

gefliegen haben und auch die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren massiv Waffen an das Gaddafi-Regime geliefert haben, das damals noch als Garant zur Flüchtlingsabwehr in der östlichen Mittelmeerregion und verlässlicher Wirtschaftspartner galt.“ Dem Aufruf der AFI folgten etwa 200 Menschen auf den Königsplatz. Dort wurden unter anderem das Ende der Atomenergieerzeugung und das Verbot von Atomwaffen gefordert. Nordafrika und der Nahe/Mittlere Osten waren das Thema gleich mehrerer Veranstaltungen bei den Friedenswochen.

2012

war „Rüstungsexporte stoppen – Kriege beenden“ das Motto des Ostermarschs. Zudem rückte die Rüstungsforschung in den Fokus, da die Forderung nach einer Zivilklausel an der Uni Augsburg, also dem Verbot militärisch nutzbarer Forschung, von den Studierenden immer energischer erhoben wurde. Auch bei den Friedenswochen war die Rüstungsforschung eines von vielen Themen, die in der Veranstaltungsreihe im November behandelt wurden. Weitere waren Rüstungsproduktion und Export, unter anderem bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern von IG-Metall und AFI, oder die politische und wirtschaftliche Situation in Afrika, dem Nahen Osten oder Lateinamerika als Auslöser für Konflikte und Flucht.

2013

mündete der Ostermarsch in eine Kundgebung gegen Neonazis, die an diesem Tag eine Aktion in der Innenstadt angemeldet hatten. Inhaltlich ging

es bei den Reden unter anderem um die „Aktion Aufschrei“ für ein Verbot von Waffenexporten, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Zivilklausel, sowie um die Situation der PalästinenserInnen in den durch Israel besetzten Gebieten.

Bei den Friedenswochen informierte unter anderem Andreas Zumach über die Lage in den Ländern Nordafrikas und des Nahen/Mittleren Ostens – wie auch schon in den beiden Jahren zuvor und den folgenden Jahren – und die Journalistin Karin Leukefeld über die Situation in Syrien. Sie war als Korrespondentin in dem Bürgerkriegsland unterwegs.

2014

mussten wir beim Ostermarsch konstatieren, dass von der großen Koalition friedenspolisch nichts zu erwarten war. Sie setzte weiter auf Atomwaffen, Auslandseinsätze und Waffenexporte. Bei den Reden auf dem Königsplatz wurden unter anderem der Konflikt in der Ukraine thematisiert und die Stolpersteininitiative vorgestellt.

Um die Ukraine ging es auch in einer der 16 Veranstaltungen im Rahmen der Friedenswochen. Zudem berichtete Karin Leukefeld über die Situation in Syrien und dem Irak angesichts des sich ausbreitenden IS. Jürgen Grässlin informierte über illegale Kleinwaffenexporte deutscher Hersteller und Sumaya Farhat-Naser über Ansätze für eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts.

2015

beschäftigte uns beim leider komplett verregneten Ostermarsch die Frage, ob es zwischen der NATO und Russland zu einer Neuaufgabe des „Kalten Kriegs“ mit Rüstungswettlauf und der steigenden Gefahr eines Atomkriegs kommen könnte. Zudem wurde der Rechtsruck in der deutschen Gesellschaft mit PEGIDA-Demos und Islamfeindlichkeit thematisiert, während gleichzeitig die VVN-BdA politisch unter Beschuss genommen wurde. In den Friedenswochen wurde dazu passend über den NSU-Prozess berichtet. Weitere Veranstaltungen drehten sich um die Auslandseinsätze der Bundeswehr, illegale Waffenexporte nach Mexiko, oder die Situation syrischer Flüchtlinge in Augsburg.

2016

war „Nein zum Krieg – Nicht in unserem Namen!“ das Motto des Ostermarschs. Denn der Bundestag

Ostermarsch und Friedenswochen

hatte dem Einsatz deutscher Kampfflugzeuge in Syrien zugestimmt. Diese offiziell gegen den IS gerichtete Mission war weder durch Völkerrecht, noch Grundgesetz gedeckt. Fast 260 Menschen beteiligten sich an Kundgebung und Demo.

Karin Leukefeld verschaffte in den Friedenswochen einen Eindruck darüber, wie sich die Situation in Syrien darstellt. Der Publizist Albrecht Müller zeigte in einem Vortrag auf, wie die Kriege des Westens Terroranschläge erst provozieren, statt sie zu verhindern, wie es die Politik verspricht.

2017

fand der Auftakt zum Ostermarsch auf dem Moritzplatz statt und für die Musik sorgten die Regesburger Band „Ruam“. Fast 430 Menschen waren bei der Auftaktkundgebung dabei, eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren. Die Reden beschäftigten sich mit der dramatischen Lage in Syrien, den enorm steigenden Rüstungsausgaben, der wachsenden atomaren Gefahr und damit, wie die aktuelle Politik bei vielen Menschen zu Frustration und Resignation führt. „Warum Krieg?“ war der Titel des Vortrags von Dr. Eugen Drewermann bei den 38. Augsburgener Friedenswochen, der 200 ZuhörerInnen in das Zeughaus brachte. Weitere Themen waren Afghanistan, der Einfluss von USA und Russland auf Nordafrika und den Nahen Osten sowie die Gefahr durch das nordkoreanische Atomprogramm.

2018

sorgte Sepp Raith für den musikalischen Part beim Ostermarsch. Inhaltlich ging es um die Forderung nach dem Verbot von Atomwaffen – der Friedensnobelpreis an ICAN hatte das Thema wie-



Ostermarsch 2017: Auftritt der Regesburger Band „Ruam“. Der Name steht für „R adau, U nsinn, A narchie, M ist-M arx- M undart.“

der mehr in die Öffentlichkeit gerückt – sowie um die geplante massive Aufrüstung der BRD, die zur Verdopplung des Militärbudgets und somit zum Kahlschlag bei Sozialausgaben und Entwicklungshilfe führen wird. Die Friedenswochen mit 12 Veranstaltungen beschäftigten sich unter anderem mit dem Waffenhandel als Fluchtursache und dem Atomabkommen mit dem Iran.

2019

forderten die DemonstrantInnen beim Ostermarsch die Abschaffung der Atomwaffen sowie ein Ende des konventionellen Rüstungswettlaufs. Die Friedenswochen 2019 standen beim Redaktionsschluss dieser Broschüre noch bevor.

Insgesamt konnten wir in den Jahren zwischen 2010 und 2019 eine deutliche Zunahme bei den TeilnehmerInnen beim Ostermarsch und den Friedenswochen verzeichnen. Wir hoffen, dass sich dieser Trend fortsetzt – noch mehr aber, dass sie in einer friedlichen Welt überflüssig werden.

Auftaktkundgebung des Augsburgener Ostermarschs 2017 auf dem Moritzplatz.

Friedensarbeit 2011

- Mitveranstalter „Tee mit den Taliban - Wie es in Afghanistan weitergehen kann“
- Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Aktionstag „Vielfalt in der Friedenstadt Augsburg“
- Aktionen gegen das Bundeswehrgelöbnis
- Ostermarsch
- Beteiligung an der Kundgebung zum 1. Mai
- Veranstaltung „Europa: Von der Zivil- zur Militärmacht“
- Veranstaltung „Frau Faten Mukarber berichtet über das Leben in Bethlehem und Beit Jala“
- Veranstaltung „Unterschätzt und unbeachtet – Literarische Stimmen Äquatorialguineas“
- Mahnwachen zum Libyenkrieg
- Beteiligung an der Hiroshima-Aktion auf dem Rathausplatz
- Unterstützung Augsburgener Friedenslauf
- Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Antikriegstags-Aktionen
- Mahnwache „Wir trauern um die Toten des Libyenkrieges“
- Veranstaltung „Mädelsache! – Frauen in der Neonazi-Szene“ mit Andrea Röpke
- 32. Augsburgener Friedenswochen
- Aktion am Messengelände gegen Werbung der Bundeswehr
- Fahrt zur Demo nach Bonn „Raus aus Afghanistan“



Bild: Tim Wright/ICAN

Augsburg fordert: Atomwaffen abschaffen

Mayors for Peace und weitere Initiativen gegen Atomwaffen

von Klaus Länger

Am 6. August 1945 um 8:16 Uhr detonierte die Bombe etwa 600 Meter über Hiroshima. Etwa 70.000 bis 80.000 Menschen waren sofort tot oder starben bald nach dem Abwurf an schrecklichen Verbrennungen oder anderen Folgen der Explosion. Im unmittelbaren Explosionsbereich war die Hitze so groß, dass sich Schattenrisse von Personen in Hauswände einbrannten, bevor sie von dem Feuersturm fortgerissen wurden. Weitere 90.000 bis 146.000 Menschen starben bis 1946 an der Folgen der Strahlung, viele weitere in den folgenden Jahren. Vor dem Abwurf der ersten Atombombe lebten in der Stadt etwa 255.000 Menschen, die meisten davon Zivilisten, etwa zehn Prozent waren koreanische und chinesische Zwangsarbeiter. Drei Tage später wurde eine zweite Atombombe über Nagasaki abgeworfen. Sie tötete mindestens 22.000 Menschen auf der Stelle, weitere 40.000 bis 80.000 Menschen starben in den nächsten vier Monaten.¹

Mayors for Peace

Eine direkte Verbindung zwischen Hiroshima, Nagasaki und Augsburg besteht über die Initiative „Mayors for Peace“. In Erinnerung an die Geschichte seiner Stadt und unter dem Eindruck der Gefahr eines Atomkrieges gab Takeshi Araki, Bürgermeister von Hiroshima und selbst ein

Überlebender des Atombombenabwurfs, 1982 den Anstoß für die Gründung einer internationalen Organisation von Städten, die sich für die atomare Abrüstung einsetzen wollten. Sein Nachfolger Tadatoshi Akiba gab der Initiative mit „Mayors for Peace“ einen einprägsamen Namen. Im Oktober 2003 hat sie die Kampagne „2020 Vision“ gestartet, mit der eine Vernichtung aller Atomwaffen weltweit bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll. Als Zwischenschritte waren dabei das Ende des Alarmzustands für Kernwaffen und der Abschluss eines internationalen Verbotsvertrags vorgesehen. Der Termin 2020 wurde gewählt, um Überlebenden der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, dem Ziel der zweiten Bombe am 9. August 1945, die Chance zu geben, noch eine atomwaffenfreie Welt zu erleben. Inzwischen gehören dem weltweiten Netzwerk mehr als 7.700 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an. In Deutschland haben sich immerhin 666 Städte (Stand August 2019) Städte der Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen angeschlossen.

Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) hat die Kampagne aufgegriffen und im August 2004 den damaligen Augsburger Oberbürgermeister Dr. Wengert zur Teilnahme aufgefordert.

Der SPD-Politiker nahm den Antikriegstag 2004 als Anlass für die Unterzeichnung der Mitgliedschaft bei Mayors for Peace. Sie wurde von der Stadt Augsburg in einer Pressemitteilung am 03.11.2004 bekanntgegeben. Wengert erklärte seinerzeit dazu: *„Eine Mitgliedschaft der Stadt Augsburg in der Initiative „Mayors for Peace“ ist gerade wegen des bevorstehenden 450jährigen Jubiläums des Augsburger Religionsfriedens im Jahre 2005 und zur Stärkung des Augsburger Profils als Friedensstadt von sehr großer Bedeutung.“*

Bei der Kommunalwahl 2008 wurde Wengert als OB durch den CSU-Kandidaten Dr. Gribl abgelöst. Die AFI wandte sich im Mai 2008 an den neuen Oberbürgermeister mit der Bitte, die Mitgliedschaft bei den „Mayors for Peace“ fortzuführen. Im November 2008 hat OB Gribl die Fortführung der Mitgliedschaft in einem Schreiben an die AFI bestätigt.

Atomare Abrüstung: Fehlansage

Von der Verschrottung aller atomaren Massenvernichtungswaffen ist die Welt derzeit leider weiter entfernt denn je. Zwar wurde von Politikern überall in der Welt immer wieder eine atomwaffenfreie

Welt als Vision formuliert – US-Präsident Obama bekam dafür 2009 sogar den Friedensnobelpreis – in der Realität haben aber nicht nur alle Atomwaffenstaaten ihre Kernwaffen behalten, sondern sogar immer neue und gefährlichere Modelle entwickelt. Auch die USA unter Obama.

Derzeit verfügen neun Staaten über Atomwaffen: China, Frankreich, Großbritannien, Russland als Rechtsnachfolger der UdSSR und die USA sind die „offiziellen“ Atomwaffenstaaten mit Vetorecht im UN-Weltsicherheitsrat und gleichzeitig Unterzeichner des auch Atomwaffensperrvertrag genannten Nichtverbreitungsvertrages (NVV), der 1970 in Kraft trat. Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea besitzen ebenfalls Atomwaffen, zählen aber nicht zu den 189 NVV-Vertragsstaaten. Letztere dürfen zwar keine Kernwaffen entwickeln, durchaus aber Anlagen für die zivile Nutzung der Atomkraft betreiben. Für diesen Zweck sollen sie sogar Unterstützung erhalten. Im Gegenzug enthält der Vertrag einen Passus, der die Vertragsstaaten verpflichtet, alle Atomwaffen „in redlicher Absicht“ durch einen Ächtungsvertrag abzurüsten. Das ursprünglich auf 25 Jahre angelegte Abkommen wurde 1995 ohne zeitliche Begrenzung verlängert. Alle fünf Jahre finden so genannte Überprüfungskonferenzen statt, in denen über den Stand des Vertrags verhandelt wird. Bei der Überprüfungskonferenz 2000 verpflichteten sich die fünf offiziellen Atommächte zur kompletten Beseitigung ihrer Arsenale – allerdings ohne Nennung einer Frist. Die letzte Überprüfungskonferenz 2015 endete ohne gemeinsame Abschlusserklärung, da es keine Einigung über die Umsetzung einer 1995 beschlossenen Resolution gab, die eine Zone ohne Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten vorsieht.

Neue Atomwaffen in Europa?

Die Stationierung der Atomwaffen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles in Deutschland führte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre dazu, dass sich eine breite Friedensbewegung gegen die Aufstellung dieser Raketen und Marschflugkörper wandte und natürlich auch die Verschrottung der sowjetischen SS20-Raketen forderte. Diese Waffen erhöhten die Gefahr eines Atomkriegs, da ihre Flugzeit und damit auch die Vorwarnzeit auf nur noch wenige Minuten verkürzt war. Da speziell die Pershing II als „Erstschlagswaffen“ für einen sogenannten „Enthauptungsschlag“ eingesetzt



werden konnten, war die politische Lage zwischen den Blöcken besonders angespannt. Damit stieg auch die Gefahr für einen „Atomkrieg aus Versehen“, dem die Welt ja tatsächlich einige Male nur knapp entronnen ist, wie man inzwischen weiß.

Im Dezember 1987 unterzeichneten US-Präsident Reagan und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow den INF-Vertrag, mit dem die

Abrüstung landgestützter Raketen zweier Reichweitenbereiche vereinbart wurde: Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 1000 bis 5500 Kilometer sowie Kurzstreckenraketen, die zwischen 500 bis 1000 Kilometer fliegen. Möglich wurde das Abkommen, da der US-Präsident in den Verhandlungen ein 10-jähriges Moratorium bei der Entwicklung des Raketenabfangsystems SDI-Systems zusagte. Bis zum Jahr 2001 wurden regelmäßig gegenseitige Inspektionen durchgeführt, danach wurden sie einvernehmlich beendet.³

Im Februar 2019 kündigten die USA den INF-Vertrag, im August wurde er offiziell beendet. Diese Entscheidung fiel im Einvernehmen mit den anderen NATO-Staaten, darunter auch Deutschland. Vorhergegangen waren Vorwürfe, die jeweils andere Seite hätte gegen den Vertrag verstoßen. So erhoben die USA den

Die auch in Deutschland stationierte Pershing II wurde mit dem INF-Vertrag verboten.

Bild: Wikipedia (gemeinfrei)

Friedensarbeit 2012

- Fahrt zur Siko-Demo nach München
- Veranstaltung „Eine Frau kämpft gegen den Krieg – Perspektiven für ein selbstbestimmtes Afghanistan“
- Beteiligung an der Aktion „Vielfalt in der Friedensstadt“
- Osteraktion 2012
- Beteiligung an der Demo und Kundgebung zum 1. Mai
- Veranstaltung „Wie Deutschland am Krieg verdient“ mit Jürgen Grässlin
- Infostand und Demo beim Karneval der Welten
- Unterstützung der Ausstellung „Zuviel Panzer, zuwenig Hirn“
- Kundgebung und Unterstützung der Friedensfahrradtour
- Unterstützung des Friedensmarathons
- Beteiligung am Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Kundgebung zum Antikriegstag
- Kundgebung gegen Werbung der Bundeswehr bei Horizon
- 33. Augsburgsburger Friedenswochen



Die Flagge der Mayors for Peace bei der „kleinen Friedenstafel“ in Augsburg am 6.8.2019.

Vorwurf gegen Russland, dass der Marschflugkörper 9K720 Iskander-K eine deutlich höhere Reichweite habe, als die offiziell angegebenen 480 km. Russland konterte mit Vorwurf, mit dem in Rumänien aufgestellten Raketenabwehrsystem Aegis könnten jederzeit atomare Offensivwaffen wie sonst auf Schiffen stationierte Tomahawk-Marschflugkörper abgefeuert werden.⁴ Tatsächlich waren wohl beide Seiten an einer Fortführung des Vertrags nicht übermäßig interessiert. Russland hatte bereits 2007 über eine mögliche Kündigung des Vertrags gesprochen, falls die USA ihre Pläne umsetzen, ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu stationieren. In den USA klagten einflussreiche Politiker schon länger, dass der Vertrag der militärischen Entwicklung im Weg stehe. Weil andere Staaten mit atomaren Mittelstreckenraketen, wie etwa China, nicht Vertragsparteien sind, fühlten sich die USA laut eigener Aussagen durch den Vertrag „zu sehr eingegrenzt“. Die Vereinigten Staaten haben bereits zwei Wochen nach dem Ende des INF-Vertrags einen landgestützten Marschflugkörper mit mehr als 500 km Reichweite getestet.⁵ Zwar beteuerte der Nato-Generalsekretär Stoltenberg, dass derzeit keine atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert werden sollen. Eine Garantie dafür gibt es nach der Kündigung des Vertrags allerdings nicht.

Das Ende des INF-Vertrags belastet auch die Verhandlungen über eine Verlängerung des New-START-Vertrags zwischen Russland und den USA, der 2021 ausläuft. Er begrenzt die Zahl der einsatzbereiten atomaren Gefechtsköpfe auf 1.550 Stück pro Seite. Darüber hinaus wird die Zahl der Interkontinentalraketen, Raketen auf U-Booten sowie der Langstreckenbomber pro Land auf 800 Stück limitiert, von welchen nicht mehr als 700 einsatzbereit sein dürfen.⁶ Ein Streitpunkt

sind hier vor allem die durch Russland angekündigten Hyperschall-Atomwaffen, die angeblich nicht durch die Abwehrsysteme der NATO abgefangen werden können. Mit ihnen reagiert Russland auch auf die zunehmende konventionelle Aufrüstung des westlichen Bündnisses, die in den kommenden Jahren massiv forciert werden soll. Die Friedensbewegung kritisierte das Ende des INF-Vertrags natürlich entschieden. So erklärte etwas die IPPNW-Abrüstungsexpertin Xanthe Hall: „Mit der Beerdigung des INF-Vertrages untergraben Donald Trump und Wladimir Putin den Nichtverbreitungsvertrag weiter und setzen die Welt einem erhöhten Risiko für den Einsatz von Atomwaffen aus. Unsere globale Sicherheit darf nicht in den Händen weniger Regierungen und Staatschefs liegen, die bereit sind, die kollektiven Bedürfnisse und das Überleben der Menschheit für ihre eigenen politischen Interessen zu opfern“⁷. Hall ist auch im Vorstand von ICAN Deutschland. Die International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN) wurde 2007 in Melbourne gegründet und ist heute ein globales Bündnis von über 450 Organisationen in 100 Ländern. 2017 wurde ICAN mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Im Gegensatz zu den Missgriffen 2009 mit Barack Obama und 2012 mit der EU ist ICAN ein würdiger Preisträger.

Wachsender Widerstand gegen Atomwaffen

Immer mehr Menschen und auch immer mehr Staaten sind nicht mehr bereit, die Existenz von Atomwaffen unwidersprochen hinzunehmen. Am 7. Juli 2017 wurde in den Vereinten Nationen ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen angenommen. Am 20. September desselben Jahres wurde es zur Unterschrift freigegeben und bereits in der ersten Woche von 50 Staaten unterzeichnet. Der Vertrag enthält ein umfassendes Verbot von Atomwaffen, darunter auch ihre Entwicklung, verpflichtet Staaten zur Unterstützung von Opfern eines Einsatzes von Atomwaffen oder eines Atomwaffentests und die Beteiligung an jeglicher Vorbereitung zum Einsatz von Atomwaffen. Er tritt in Kraft, wenn er von mehr als 50 Staaten ratifiziert wurde.⁸ Bis Mitte 2019 ist das bei 26 Staaten erfolgt. Bei diversen Umfragen in Deutschland sprachen sich zwar mindestens 70 Prozent der Befragten für ein Verbot von Atomwaffen aus,

trotzdem hat die Bundesrepublik dem Verbotsvertrag bislang nicht zugestimmt. Zwar fordert Außenminister Maas die Atommächte zur Abrüstung auf, einen Beitritt der Deutschlands zum Verbotsvertrag lehnt er aber mit dem Argument ab, ein Verbot sei nur effektiv, „wenn diejenigen, die auch über Nuklearwaffen verfügen, dieses Verbot mittragen. Das ist bisher nicht der Fall“.⁹

Tatsächlich hält die Bundesregierung sogar an der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ fest. Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern etwa 20 US-amerikanische taktische Atombomben vom Typ B-61, die von deutschen Tornado-Kampfflugzeugen ins Ziel befördert würden. Es ist sogar geplant, die Bomben gegen neue, gelenkte B61-12-Modelle mit niedrigerer Sprengkraft auszutauschen, die unterirdische Ziele zerstören können.¹⁰ Es soll militärische Planungen geben, diese Bomben als normale taktische Waffen einzusetzen, in der Hoffnung damit keinen atomaren Gegenschlag auszulösen. Gerade das macht diesen Waffentyp so gefährlich, da die Hemmschwelle für einen Einsatz sinkt.

Die auch von der Augsburger Friedensinitiative unterstützte Kampagne „atomwaffenfrei jetzt“ setzt sich mit viel Energie für ein Verbot aller Atomwaffen ein. Ein Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag hätte zur Folge, dass die Atombomben in Büchel sofort abgezogen werden müssten.

Mayors for Peace Flaggentag

Die Forderung nach Unterzeichnung und Ratifizierung des Verbotsvertrages gehört ebenfalls zu den zentralen Forderungen der „Mayors for Peace“. Um ihr Engagement in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen, hat die Organisation einen Flaggentag ins Leben gerufen, bei dem jedes Jahr am 8. Juli die Flagge der „Mayors for Peace“ in allen Mitgliedsstädten gehisst werden soll. Das Datum erinnert an ein am 8.7.1996 veröffentlichtes Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, in dem eine völkerrechtliche Verpflichtung zur atomaren Abrüstung festgestellt wird.¹¹ In Augsburg wird die Flagge seit 2016 gehisst, nicht zuletzt auf Initiative der AFI. Seit 2017 setzt die Stadt die Flagge Anfang August im Rahmen der „Kleinen Friedestafel“ im Stadtteil Oberhausen. Dem Wunsch der AFI, dass der Oberbürgermeister das Symbol der „Mayors for Peace“ bei der zentralen Veranstaltung des Augs-

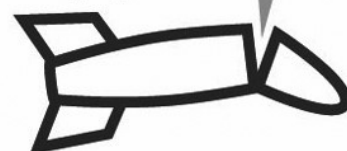
burger Friedensfestes am 8. August auf dem Rathausplatz prominent zeigen möge, will die Stadt bislang nicht nachkommen.

Für die Durchsetzung der Forderung nach einer Welt ohne Atomwaffen sucht die AFI auch den Schulterchluss mit der durch die „Fridays for Future“ erstarkten Umweltbewegung. Denn ein weltweiter Atomkrieg wäre schließlich die ultimative Umweltkatastrophe, die fast alles Leben auf unserem Planeten auslöschen würde.

Endnoten

- 1 de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabw%C3%BCrfe_auf_Hiroshima_und_Nagasaki
- 2 www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Material-und-Hintergrund/Der-Atomwaffen-Sperrvertrag
- 3 de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag
- 4 www.spiegel.de/politik/ausland/inf-vertrag-was-sie-wissen-muessen-a-1251088.html
- 5 www.spiegel.de/politik/ausland/inf-vertrag-washington-testet-neue-mittelstreckenrakete-a-1282702.html
- 6 armscontrol.de/dokumente/ruestungskontrollvertraege/nuklear/bilaterale-vertraege/
- 7 www.icanw.de/pressemeldungen/ende-des-inf-vertrags/
- 8 www.icanw.de/neuigkeiten/faq-zur-verabschiedung-der-vertrages/
- 9 www.zdf.de/nachrichten/heute/maas-fordert-neuen-abruestungsfahrplan-fuer-atomwaffen-100.html
- 10 www.heise.de/tp/features/USA-haben-neue-Atombombe-B61-12-getestet-3686146.html
- 11 <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Flaggentag/Flaggentag-der-Bürgermeister-für-den-Frieden2>

**unsere
zukunft
atomwaffenfrei**





Friedensstadt und Rüstungsschmiede

Rüstungsfirmen spielten und spielen in Augsburg eine wichtige Rolle.

von Klaus Stampfer

Mit dem *Augsburger Hohen Friedensfest* wird in Augsburg seit 1650 jährlich an das 1648 mit dem Westfälischen Frieden erfolgte Ende der Unterdrückung der Protestanten und die Rückgabe der evangelischen Kirchenhäuser erinnert. Seit 1950 ist der 8. August gesetzlicher Feiertag in Augsburg. Somit ist Augsburg die Stadt mit den meisten gesetzlichen Feiertagen in Deutschland. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 und der einzigartige Feiertag veranlassen die Stadt, sich als Friedensstadt zu bezeichnen.

Augsburg hat jedoch auch eine andere Geschichte. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren deutsche Soldaten hier stationiert. Nach 1945 war Augsburg bis zum Abzug in 1998 die größte US-Garnisonsstadt in Schwaben. In den Sheridan-, Reese- und Flak-Kasernen waren bis zu 17.000 amerikanische Soldaten stationiert, mit ihren Familienangehörigen waren es bis zu 30.000 amerikanische Staatsbürger¹. Nach dem Abzug der US-Armee ist Augsburg frei von Militär. Die Militärareale sind zum großen Teil konvertiert und bieten Platz für Industriebetriebe und neue Wohnungen. Nicht abgezogen ist jedoch die Augsburger Rüstungsindustrie. Die

Rüstungsproduktion hat in Augsburg eine lange Geschichte.

Im Jahr 1373 begann man in Augsburg mit der Fertigung von Feuerbüchsen, den „Augsburger Katzen“. So wurden damals die Wurfmaschinen genannt mit denen große Steine geschleudert werden konnten. Gelagert wurden sie im „Katzenstadel“. Noch heute ist eine Straße nach dem Gebäude benannt. Nach 1620 endete der Geschützguss. 1810 reaktivierte das bayerische Kriegsministerium, so nannte man damals zutreffend das für Kriege zuständige Ministerium, das Gießen schwerer Kanonen in Augsburg. Mit der Konzentration der bayerischen Waffenproduktion in Ingolstadt wurde 1885 die Produktion in Augsburg aufgegeben.²

1917 hob auf dem Flugfeld an der Haunstetter Straße der erste Doppeldecker ab. Bis Kriegsende wurden etwa 350 Rumpler-Flugzeuge ausschließlich für das Militär produziert.³

Während des Nationalsozialismus nahm die Bedeutung des Rüstungsstandorts Augsburg in den Bereichen Fahrzeug- und Flugzeugbau weiter zu. Eine zentrale Rolle spielten dabei die MAN und die Messerschmitt AG. Bis zu 2700 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden zur Rüstungsproduktion eingesetzt.

Mit dem Aussterben der Textilindustrie in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts dominierten in Augsburg Großunternehmen der Computer-Industrie und aus dem Maschinen-, Flugzeug- und Fahrzeugbau. Letztere leisteten einen erheblichen Beitrag zur deutschen Rüstungsproduktion⁴. Die jetzt produzierenden Rüstungsbetriebe in Augsburg sind MT Aerospace, Premium Aerotec und die Renk AG.

Nicht mehr existent ist die Ballonfabrik Augsburg. Mit 80 Mitarbeitern fertigte sie neben Gaspeicherballons Rettungs- und Sicherheitsausrüstung für das Militär. Geschlossen wurde die Firma im Jahr 2009.

Von der Produktion militärischer Produkte hat sich ebenfalls der Roboter-Hersteller Kuka verabschiedet. 1960 erhielt das Unternehmen den Auftrag für die Fertigung von 1.800 Türmen mit 20-mm-Maschinenkanonen für den Schützenpanzer HS 30 der Bundeswehr. 1983 baute Kuka eine Teststrecke für Marder- und M113-Schützenpanzer. 1981 wurden die verschiedenen Abteilungen in rechtlich selbstständige Gesellschaften umgewandelt. Es entstanden die Geschäftsbereiche:

Kuka Schweißanlagen und Roboter GmbH, Kuka Umwelttechnik GmbH und Kuka Wehrtechnik GmbH. Letztere wurde 1999 an Rheinmetall veräußert und nach Gersthofen ausgegliedert.⁵ Die so entstandene Rheinmetall-Tochterfirma Land-systeme in Gersthofen, die auf 49 Mitarbeiter schrumpfte und Maschinengewehr-Aufsätze für Panzer entwickelte, wurde 2014 geschlossen.

MT Aerospace AG

Die MT Aerospace AG in der Franz-Josef-Strauß-Straße 5 ist ein mittelständiger Zulieferer der Luft- und Raumfahrtbranche mit 534 Mitarbeitern an den Standorten Augsburg, Mainz, Cagliari (Italien) und Kourou (Französisch-Guayana).⁶ Bis zum Jahr 2005 gehörte die Firma zur MAN Technologie AG.

Neben den Booster-Gehäusen und Teilen für die Tanks der Ariane-Raketen werden auch Komponenten für den Kampfhubschrauber Eurocopter Tiger, das Transportflugzeug Airbus A400M, sowie für militärische Raketen, unter anderem POLHEM, ALARM, AIM-132 ASRA EURAAM, HFH und TAURUS gefertigt.⁷

Angaben über die an der Rüstungsproduktion beteiligten Beschäftigten und den Umsatz mit den Rüstungsprodukten liegen uns nicht vor.

Premium Aerotec GmbH

In Augsburg werden seit 1916 Flugzeuge gebaut. Der Grundstein dafür haben die Bayerischen Rumpler-Werke gelegt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fertigten die Messerschmitt-Werke Kampfflugzeuge, darunter die Me 109 und den ersten Seriendüsenjäger Me 262. Zur Produktion dieser Waffen wurden Zwangsarbeiter des KZ Dachau verpflichtet.

Nach 1945 wechselte das Unternehmen oft den Namen: *MBB*, *DASA* und *EADS*. Die montierten Kampfflugzeuge waren der Fouga Magister, der Fiat G.91, der F-104 Starfighter, die C-160 Transall und die F-4 Phantom. Der derzeitige Namen des Unternehmens lautet *Premium Aerotec*. Es zählt zu den weltweit führenden Zulieferern ziviler und militärischer Flugzeugstrukturen. Kerngeschäft ist die Entwicklung und Fertigung von großflächigen und komplexen Flugzeugkomponenten aus Aluminium, Titan und Kohlenstofffaserverbundwerkstoffen (CFK).⁸

Von den knapp 4000 Mitarbeitern werden Komponenten für zivile Airbus-Flugzeuge, darunter



der A350 XWB und A380 sowie für das Kampfflugzeug *Eurofighter Typhoon* und den Militärtransporter *A400M* gefertigt. Mit dem Bau des Mittelteils des Eurofighters sind 100 Mitarbeiter⁹ beschäftigt. Vom insgesamt 39 Meter langen Rumpf des A400M werden in Augsburg 25 Meter gebaut. In diesem Teil der Fertigung arbeiten 600 Mitarbeiter.¹⁰

Renk AG

Die Renk AG wurde 1873 als Zahnradfabrik gegründet. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde massiv in die Erneuerung der Produktion von Renk investiert. Die Firma baute Getriebe für die Luftfahrtindustrie und für Panzer. Im Verlauf des zweiten Weltkriegs bombardierten alliierte Verbände daher mehrmals die Fabrikhallen in Augsburg, was auch für die umliegenden Wohnviertel eine weitgehende Zerstörung bedeutete. Lediglich mit Hilfe von Zwangsarbeitern konnte die Produktion aufrechterhalten werden.

Nach dem Krieg blieb Renk dem Rüstungssektor eng verbunden und baute Spezialgetriebe und Kupplungen für Panzer wie den Leopard und Schiffe der Kriegsmarinen westlicher Nato-Staaten und der Bundesmarine.¹¹

Die Renk AG mit Sitz in der Gögginger Str. 73 beschäftigt 2.319 Menschen (Stand 31. Dezember 2018), darunter ca.

Eurofighter im Formationsflug
Bild: Wikipedia (gemeinfrei)

Friedensarbeit 2013

- Beteiligung an der Siko-Demo in München
- Beteiligung an der Aktion „Vielfalt in der Friedensstadt“
- Osteraktion und Aktion gegen Rechts
- Beteiligung an der Demo und Kundgebung zum 1. Mai
- Infostand mit Europaquiz beim Europatag
- Lesung „Schwarzbuch Waffenhandel“ mit Jürgen Grässlin
- Podiumsdiskussion mit BundestagskandidatInnen zum Thema Rüstungsexport
- Beteiligung der AFI an der Initiative „Stolpersteine“
- Unterstützung der Friedensfahrradtour der DFG-VK, Aktion bei der Friedenstafel
- Beteiligung an Aktionen gegen das Auftreten von NPD und „Pro Deutschland“
- 34. Augsburger Friedenswochen

Im französischen Panzer Leclerc wird ein Getriebe von RENK verwendet. Bild: Rama (CC BY-SA 2.0 fr)



1200 in Augsburg. Das Werk in Augsburg ist das Stammhaus der Aktiengesellschaft. Hier sind die Produktbereiche Panzer- Industrie- und Schiffsgetriebe angesiedelt. In einem Zweigwerk in Hannover mit 330 Beschäftigten werden Gleitlager und Kupplungen gefertigt. Am Standort Rheine produzieren 450 Mitarbeiter Getriebe für die Industrie, für Schiffe und für Offshore-Windanlagen. Niederlassungen gibt es zudem in der Schweiz in Winterthur mit 100 Mitarbeitern (Herstellung von Turbogetriebe), in Frankreich in Saint-Ouen l'Aumone (Bremsssystem für Panzer, Service), in den USA mit Duncan und Camby Indiana (Vertrieb), in China (Shanghai, Service), in Brasilien (Guaramirim, Service und Vertrieb), in der Türkei (Istanbul, Service und Vertrieb), in Indien (Bengaluru, Vertrieb), in Südkorea (Busan, Service und Vertrieb) sowie in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Abu Dhabi Service und Vertrieb)¹². Die Produkte stellt Renk in einer Image-Broschüre dar. Mit Kettenfahrzeugen sind dabei

ausschließlich Panzer gemeint. „Seit mehr als 70 Jahren fertigen wir für die Automobil-, Luftfahrt-, Schienenfahrzeug-, Windkraft- und Verteidigungsindustrie maßgeschneiderte Prüfsysteme. ... Ob Fähre, Marine-, Handels- oder Kreuzfahrtschiff, Fregatte, Korvette, Schnellboot oder Megayacht – RENK ist auf dem Wasser überall dort im Einsatz, wo sichere Kraftübertragung gefragt ist. ... Unsere hohen Ansprüche haben uns zum Weltmarktführer bei vollautomatischen Getrieben für schwere Kettenfahrzeuge, horizontalen Gleitlagern sowie Getrieben für Navy-Schiffe gemacht. ... Seit mehr als 65 Jahren entwickelt und baut RENK hoch spezialisierte Getriebetechnik für Kettenfahrzeuge. Mit dem hydrostatisch-hydrmechanischen Schalt-, Wende- und Lenkgetriebe haben wir 1965 das bis heute führende Konzept für Panzerfahrzeuge entwickelt. ... Diese hohen Anforderungen, die wir an die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Produkte stellen, sind der Grund, warum RENK Getriebe in den weltweit besten Militärfahrzeugen wie den Schützenpanzern Pizarro, Ulan und Puma, den Kampfpanzern Leopard 2 und Leclerc, dem Flugabwehrpanzer Roland, dem Minenräumer Keiler, dem Bergepanzer Büffel oder in der Panzerhaubitze 2000 eingesetzt werden.“¹³

Bei den Hauptversammlung der Renk AG wurde, teilweise auf Nachfrage der Kritischen Aktionäre, bestätigt, dass Getriebe von RENK im türkischen Panzer M60, im israelischen Kampfpanzer Merkava IV, im südkoreanischen Kampfpanzers K2 und im britischen Kampfpanzer AJAX eingebaut sind. Der Merkava gilt als eines der Kernstücke

Die 7 goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexportes



Die Nase des damaligen Daimler-Vorstandschefs Dieter Zetsche.

Am 3.11.2017 präsentierte die AFI in Kooperation mit der DFG-VK Augsburg und pax christ Augsburg die „7 goldenen Nasen des deutschen Rüstungsexportes“ auf dem Königsplatz in Augsburg. Die Nasen der führenden Rüstungsmanager der deutschen Rüstungsindustrie wie Airbus Defense & Space, Heckler & Koch, Rheinmetall werden dabei als Skulpturen gezeigt. Die Rüstungsmanager verdienen sich mit Rüstungsgeschäfte wahrhaftig goldene Nasen.

Die Aktion fand im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ statt (www.aufschrei-waffenhandel.de). Sie sollte den Tätern der deutschen Waffenindustrie Name und Gesicht geben und gegen Rüstungsexporte in alle Welt, nicht selten in kriegsführende und menschenrechtsverletzende Staaten, die Stimme erheben. Deutschland zählt nach den USA und Russland weltweit zu den größten Waffenexporteuren. Die AFI fordert als Teil des Aktionsbündnisses für die Kampagne ein grundsätzliches Verbot des Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. (kl)

| | | | |
|---|----------------------|---|-----------------|
| 9 | Heckler & Koch | Weltweit fünftgrößter Gewehr- und Pistolenherstellern | 202 Mio € |
| 8 | Jenoptik | mechatronische und sensorische Produkte, Stromerzeugungsaggregat für Patriot-Raketen. | 219,3 Mio € |
| 7 | MTU Aero Engines | Triebwerke für Kampfflugzeuge | 500 Mio US-\$ |
| 6 | Diehl Defense | Lenkflugkörpern und Munition | 500 Mio US-\$ |
| 5 | Kraus-Maffei Wegmann | Rad- und Kettenfahrzeuge | 950 Mio US-\$ |
| 4 | ThyssenKrupp | U-Boote und Marineschiffe | 1770 Mio US-\$ |
| 3 | Rheinmetal | gepanzerte Fahrzeuge, Waffen und Munition | 3260 Mio US-\$ |
| 2 | MBDA | Lenkflugkörper | 3260 Mio US-\$ |
| 1 | Airbus Group | Kampfflugzeuge und .Hubschrauber | 12520 Mio US-\$ |

israelischer Bodenoffensiven. Die Türkei führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und verwendet dafür Panzer mit Renk-Getrieben (M60 und Leopard 2). Saudi-Arabien plant den Kauf von Altay-Panzern in der Türkei. Die Vereinigten Arabischen Emirate setzen Leclerc-Panzer mit Renk-Getrieben im Krieg im Jemen ein, in dem laut UN-Angaben mehr als 10.000 Menschen getötet wurden.¹⁴

Die von Renk hergestellten Prüfstände werden schwerpunktmäßig in der Luftfahrtindustrie eingesetzt. Hier handelt es sich überwiegend um Aufträge anderer Rüstungsbetriebe. Die Schiffsgetriebe werden unter anderem an die US Navy und die US Coast Guard geliefert und bei der Neuaufgabe der Korvette K 130 der Deutschen Marine eingesetzt.

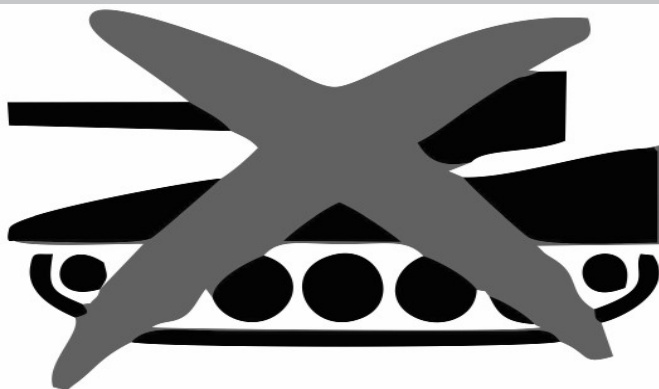
Im Geschäftsjahr 2018 stiegen die Umsatzerlöse bei Renk um 33 Mio € auf 502 Mio €, dies bedeutete eine Steigerung um 7 % gegenüber dem Vorjahreswert von 469 Mio €. Wesentlich getragen wurden die Umsatzzuwächse laut dem Vorstand von den Geschäftsbereichen Panzergetriebe und Spezialgetriebe, darunter die Getriebe für die Schiffe. Die anderen Geschäftsbereiche (Standardgetriebe und Gleitlager) blieben dagegen annähernd auf dem gleichen Umsatzniveau wie 2017.¹⁵ Der Umsatz bei den Rüstungsprodukten (1/3 Spezialgetriebe + Fahrzeuggetriebe) beträgt ca. 234 Mio Euro und entspricht einem Anteil von 45% am Gesamtumsatz. Das Operative Ergebnis liegt bei rund 70% aus den Bereichen mit Rüstungsprodukten. Im Jahr 2010 hat das Handelsblatt Renk den Platz 10 der größten deutschen Waffenschmieden verliehen. In 2018 wurde der Platz 10 nicht mehr vergeben.¹⁶

Legt man das Ranking des Handelsblattes zu Grunde, dann würde die Renk AG mit einem

Umsatz von 234 Mio Euro auf Platz 8 der größten deutschen Waffenschmieden liegen.

Endnoten

- 1 de.wikipedia.org/wiki/US-Garnison_Augsburg
- 2 www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Wo-Kanonen-und-Kunstwerke-gegossen-wurden-id41876486.html
- 3 www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Seit-1917-Flugzeugbau-in-Augsburg-id51550436.html
- 4 www.imi-online.de/download/Februar201502_gruber.pdf
- 5 [de.wikipedia.org/wiki/Kuka_\(Unternehmen\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kuka_(Unternehmen))
- 6 [Augsburger Allgemeine, 17.02.2017, Seite 33](#)
- 7 de.wikipedia.org/w/index.php?title=MT_Aerospace
- 8 www.premium-aerotec.com/unternehmen/
- 9 [Augsburger Allgemeine, 23.10.2018, Seite 7](#)
- 10 [Augsburger Allgemeine, 12.12.2014, Seite 34](#)
- 11 www.augsburgwiki.de/index.php/Augsburg-Wiki/RenkAG
- 12 www.renk-ag.com/de/unternehmen/standorte/uebersicht/
- 13 www.renk-ag.com/fileadmin/Produkte_und_Service/Produkte/Dokumente/RENK_image-brochure_de.pdf
- 14 [Rede des Kritischen Aktionärs Klaus Länger bei der RENK-Hauptversammlung 2019](#)
- 15 www.renk-ag.com/fileadmin/Investor_Relations/Veranstaltungen/Hauptversammlung/Deutsch/2019/RENK_HV_Rede_des_Vorstands_2019_de.pdf
- 16 www.produktion.de/wirtschaft/das-sind-die-10-groessten-deutschen-ruestungsunternehmen-236.htm



Kritische Aktionäre bei der Renk AG

Die Rüstungsfirma bekommt unwillkommene Aufmerksamkeit.

von Klaus Stampfer

Bei der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft haben die Aktionäre das Recht dort zu reden, Fragen zu stellen und Anträge einzubringen, über die bei der Hauptversammlung beschlossen werden muss. Die Anträge werden auf der Homepage der Aktiengesellschaft veröffentlicht. Je mehr Aktien ein Aktionär besitzt, desto mehr Stimmen besitzt er und desto höher ist sein Einfluss auf das Unternehmen.

Bei vielen Aktiengesellschaften, darunter Bayer, BMW, Daimler, Deutsche Bank, Heckler&Koch, Rheinmetall, Siemens, Thyssenkrupp oder Volkswagen, gibt es „Kritische Aktionäre“. Diese haben individuell meist nur eine einzige oder sehr wenige Aktien und können daher keinen direkten Einfluss auf das Unternehmen ausüben. Sie erwirtschaften mit ihrem Aktienbesitz auch keinen Gewinn, denn die Depotgebühren für die Aktien übersteigen meist deutlich die Dividende. Den „Kritischen Aktionären“ geht es darum, auf die Auswirkungen der produzierten Waren auf die Umwelt, das soziale Umfeld oder auf die Folgen der hergestellten Waffensysteme hinzuweisen.

Die Renk AG in Augsburg zählt zu den zehn größten Rüstungsbetrieben in Deutschland. Sie produziert neben zivilen Gütern Getriebe für Panzer und Kriegsschiffe und bietet anderen Rüstungsbetrieben aus der Luft- und Raumfahrt Prüfstände an. Der Rüstungsanteil am Umsatz beträgt ca. 45% und liegt bei 234 Millionen Euro (Stand 2018). Mehrheitsaktionär bei der Renk ist die Volkswagen-Gruppe. Sie hat Renk im Jahr

2011 zusammen mit der MAN SE übernommen. Seit 2015 gibt es „Kritische Aktionäre der Renk AG“. Bei den jährlichen Hauptversammlungen weisen sie in ihren Reden darauf hin, in welchen Kriegen die Panzer mit Renk-Getrieben im Einsatz sind und Menschen töten und dass dafür die Vorstände des Unternehmens eine Mitverantwortung tragen. Daher wird von den „Kritischen Aktionären“ ein Antrag auf Nichtentlastung des Vorstandes gestellt wird. Dieser Antrag findet zwar kaum Unterstützung durch andere Aktionäre, muss jedoch zusammen mit seiner Begründung auf der Homepage von Renk veröffentlicht werden. Somit wird öffentlich, welche Waffensysteme mit den Produkten der Augsburger Rüstungsfirma in den Armeen der Welt und in welchen Kriegs- und Krisengebieten sie zum Einsatz kommen. In den meisten Fällen erwähnt auch die Augsburger Allgemeine im Bericht über die Hauptversammlung, dass Mitglieder der Friedensbewegung die Rüstungsproduktion des Unternehmens kritisierten. Vielen Lesern, die mit Renk nur einen Getriebehersteller assoziieren, wird damit deutlich, dass es sich um einen Rüstungsproduzenten handelt.

Rüstung transparent gemacht

In den Berichten des Vorstands und in den ausgedruckten Geschäftsberichten sind die Rüstungsprodukte und der Umfang der Rüstungsproduktion oft schwierig zu erkennen. Hier ist von Getriebetypen die Rede oder von Unternehmensbereichen wie Fahrzeuggetriebe oder Spezialgetriebe. Dass der Unternehmensbereich Fahrzeuggetriebe ausschließlich Getriebe für Kampfpanzer herstellt, wird nicht explizit erwähnt. Die Aktionäre haben das Recht Fragen zu stellen, die bei der Hauptversammlung vom Vorstand beantwortet werden müssen. Mit den Nachfragen der kritischen Aktionäre konnte die Transparenz der Geschäftsberichte erhöht und eine etwas genauere Abschätzung des Umfangs der Rüstungsproduktion gewonnen werden. Die Gegenanträge mit Begründungen, die bei den Hauptversammlungen der Renk AG seit 2015 gestellt wurden, sind auf der Homepage veröffentlicht: www.renk-ag.com/de/investor-relations/hauptversammlung. Die Berichte der Kritischen Aktionäre über die Renk-Hauptversammlungen sind auf der AFI-Homepage www.augsburgerfriedensinitiative.de zu finden.

Drohnenkrieg stoppen!

Die AFI ist aktiv im Protest gegen Ramstein und gegen Drohnen für die Bundeswehr.

von Klaus Länger



Bild: Münchner Friedensbündnis

Die wichtigste Luftwaffenbasis der USA im Ausland ist die Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz. Sie ist die personell größte Einrichtung des US-Militärs außerhalb der USA und dient als europäische Drehscheibe für Fracht- und Truppentransporte. Zudem beherbergt die Basis mehrere Kommandostellen von US Air Force sowie der NATO und dient als Relaisstation für den Drohnenkrieg der USA. Bewaffnete Drohnen werden eingesetzt, um in Ländern wie Afghanistan, Pakistan, Somalia, Jemen, Libyen und Mali ferngesteuert Menschen zu töten, die von den US-Geheimdiensten als Terroristen angesehen werden oder das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Diesen völkerrechtswidrigen Angriffen sind in den letzten Jahren wahrscheinlich mehrere tausend Menschen zum Opfer gefallen. Diese Akte des Staatsterrorismus führen in den Ländern, in denen Menschen durch die Drohnen ermordet werden, zu noch mehr Hass gegen den Westen, der wieder in Terroranschlägen mündet.

Deutschland ist mitverantwortlich

Im März 2019 fällt das Oberverwaltungsgericht in Münster ein Urteil, in dem festgestellt wird, dass die Satelliten-Relais-Station in Ramstein eine zentrale Rolle beim US-Drohnenmordprogramm spielt.¹ Geklagt hatten bereits 2014 Angehörige von US-Drohnenopfern aus dem Jemen, die 2012 getötet wurden, als eine Drohne eine Hochzeitsfeier attackierte. Die Bundesregierung muss nun aktiv nachforschen, ob Drohneneinsätze der USA im Jemen gegen das Völkerrecht verstoßen. Der Grünen-Politiker und Anwalt Hans-Christian Ströbele stellte bereits 2016 eine Strafanzeige beim Generalbundesanwalt gegen Verantwortliche in Deutschland und den USA.²

Unterstützung der Ramstein-Kampagne

Die AFI unterstützt die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ und schließt sich den folgenden Forderungen an:

„Wir fordern daher vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung, den USA die Nutzung von Ramstein als Basis zur Drohnenkriegsführung zu verbieten und die Satelliten-Relaisstation zu schließen, zugleich selbst auf die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu verzichten und die Einführung von Kampfrobotern im Militär zu ächten sowie die illegalen Ausspähpaktiken der NSA in Zusammenarbeit mit dem BND, wofür Ramstein ein Kristallisationspunkt ist, zu beenden.“³

Endnoten

- 1 www.zeit.de/gesellschaft/2019-03/us-drohnenkrieg-ovg-muenster-klage-bundesrepublik
- 2 www2.stroebele-online.de/upload/strafanzeige_gba_drohneneinsaetze_ramstein_2016_12_13_kurzfassung.pdf
- 3 www.ramstein-kampagne.eu/aufruf/

Friedensarbeit 2014

- Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Ostermarsch
- Bundeswehr am Gymnasium St. Stephan, Beteiligung an der Unterrichtsstunde
- Beteiligung an der Verlegung der ersten Stolpersteine
- Veranstaltung zu „100 Jahre Erster Weltkrieg“ mit Prof. Wette
- Augsburger Weltmeile 2014 auf dem Elias-Holl-Platz
- Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Kundgebung zum Antikriegstag
- Unterstützung der Demo „Freihandel-STOPP – Konzerne profitieren-Menschen verlieren“
- Teilnahme an der Veranstaltung „Pulverfass Nahost – Wie weiter?“ mit Ulrike Bahr
- 35. Augsburger Friedenswochen



Bild: Berliner Friedenskoordination

70 Jahre Grundgesetz Ein Erfolgsmodell?

Die deutsche Verfassung zu den Themen Krieg und Militär

von Karl Augart

Nun, im Vergleich mit der Weimarer Reichsverfassung, die auch in diesem Jahr 100 Jahre alt wird, ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sicher ein Erfolg, nicht nur was die Dauer seiner Gültigkeit betrifft. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland feierlich verkündet und trat sofort in Kraft. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von zwei Weltkriegern und den Gräueln von zwölf Jahren Nationalsozialismus setzten sich die Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes zum Ziel, der neuen Bundesrepublik eine Verfassung zu geben, deren Dreh- und Angelpunkt die Würde jedes Einzelnen ist.

Ungeachtet aller Festreden zu diesem Jubiläum ist es sicher notwendig, zu hinterfragen was die Politik, die Justiz und die Gesellschaft bis heute daraus gemacht haben. Es liegt natürlich nahe, dass wir als Friedensorganisation uns in erster Linie mit den Artikeln beschäftigen, die sich mit den Regelungen zum Thema Militär und Verteidigung beschäftigen. Es sind dies neben dem Artikel 4/3 zur Kriegsdienstverweigerung die Artikel 24, 25, 26 und 87a.

Artikel 24 GG

1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Artikel 25 GG

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 26 GG

1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 87a GG

1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

(3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Erste Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Artikel 4, 25, 26 und 87a sollten verhindern, dass deutsches Militär nach den Erfahrungen des 2. Weltkrieges wieder in Angriffskriege verwickelt wird. Gleichzeitig waren jedoch die maßgeblichen Kräfte der Nazizeit nicht verschwunden, im Gegenteil es waren in vielen maßgeblichen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Justiz genügend reaktionäre Kräfte am Werk, die Deutschland als Militärmacht wieder aufrüsten wollten und damit leider auch erfolgreich waren und sind.

Bereits zu Beginn der 1980er Jahre beteiligte sich die Bundeswehr wieder an ersten internationalen Einsätzen der UNO, was mit Artikel 24 Satz 2 begründet wurde. Das war der Anfang einer unseligen Entwicklung die zu immer neuen und aus Sicht der Friedensbewegung grundgesetzwidrigen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland führte. Die verteidigungspolitischen Richtlinien, das sogenannte Naumann-Papier formulieren bereits 1992 ganz offen den Anspruch Deutschlands mithilfe der Bundeswehr „den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege zu garantieren“. Wie dies unter Einhaltung des Grundgesetzes möglich sein soll, bleibt zunächst rätselhaft.

Jugoslawienkrieg als Dammbbruch

Als sich dann 1999 die Bundeswehr zu Zeiten der rot/grünen Regierung ganz offen am Jugoslawienkrieg beteiligte, ein Krieg ohne UNO Mandat, waren die letzten Schranken gefallen. Das war die Zeit als viele in der Friedensbewegung, auch Einzelpersonen aus der Augsburger Friedensinitiative Strafanzeige gegen die Bundesregierung, wegen der Führung

eines Angriffskrieges stellten (Verstoß gegen Artikel 26 GG). Dies war nach §80 StGB mit einer Freiheitsstrafe vom mindestens 10 Jahren bedroht. Wie zu erwarten, wurde das Verfahren durch die Bundesanwaltschaft eingestellt, da genügte es, dass Kanzler Schröder erklärte, es handele sich gar nicht um einen Angriffskrieg, sondern um eine humanitäre Intervention. Man stelle sich vor, in anderen Bereichen der Justiz würden die Beschuldigten durch eine derartige Erklärung straffrei ausgehen, das ganze Rechtssystem würde auf den Kopf gestellt. Zwischenzeitlich ist es zur Normalität geworden, dass sich deutsche Soldaten an internationalen Kriegseinsätzen beteiligen. Das Bundesverfassungsgericht erlaubt eine sehr liberale, ja sinnentstellte Definition des Begriffes Verteidigung. Der furchtbare Satz „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, ist ständige Realität geworden. Von den ursprünglichen Idealen des Grundgesetzes ist wenig bis nichts übrig geblieben. Machtpolitische Interessen stehen im Vordergrund, Deutschland ist hier im negativen Sinne ein „ganz normaler Staat“ geworden, der sein Grundgesetz mehr feiert als es zu leben.



Deutsche Tornados, stationiert in Landsberg am Lech, waren an der Bombardierung Serbiens beteiligt. Bild: Wikipedia (gemeinfrei)

Friedensarbeit 2015

- Demo gegen die Pegida in Augsburg
- Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Teilnahme an der Demo „Für ein solidarisches, buntes und weltoffenes Augsburg“
- Mitveranstalter beim Vortrag „Israel/Palästina: Wie geht es weiter?“ mit Jeff Halper
- Ostermarsch
- Mitveranstalter bei Aufschrei-Aktionstag
- Tag der Befreiung vom Faschismus
- Teilnahme an Aktionen zum G7-Gipfel
- Kritische AktionärInnen Renk, Renk-Hauptversammlung
- Veranstaltung zum Thema Ukraine
- Veranstaltung zu Syrien mit Karin Leukefeld
- Kinderfest im Botanischen Garten, Friedenstafel Rathausplatz
- Teilnahme an Kerzenaktion zu Hiroshima
- Kundgebung zum Antikriegstag
- 36. Augsburger Friedenswochen

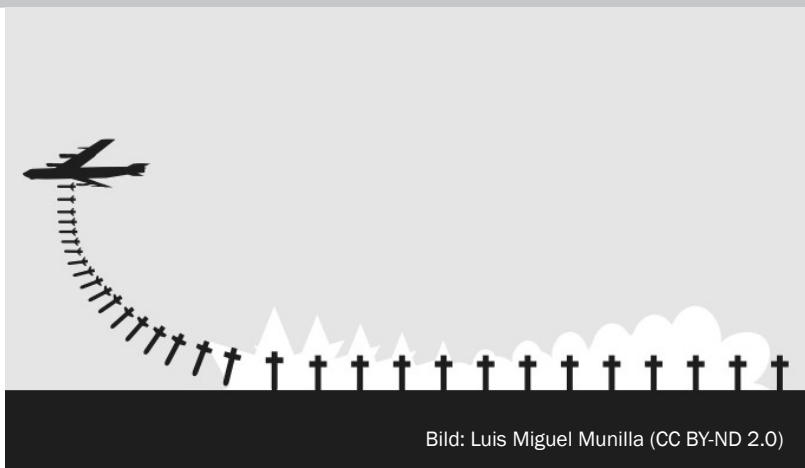


Bild: Luis Miguel Munilla (CC BY-ND 2.0)

Der endlose Krieg

Destabilisierung durch Krieg, Kriegsvorbereitung durch Lügen.

von Rainer Nödel

Was können wir dafür, dass die auf unserem Öl sitzen. Mit diesem seltsamen und dummen Spruch ist auch schon alles über das Glück bzw. das Unglück der Länder gesagt, zu deren Bodenschätzen Erdöl (in nicht unerheblichem Umfang) gehört. Frei ist die Politik dieser Länder dann nicht mehr.

„Wir“ müssen uns vor allem von „unserer“ Meinung über die Lebensumstände und das politische System anderer Länder verabschieden. „Wir“ gehen immer von „unserem“ Umfeld aus. „Wir“ können damit falsch liegen und tun dies auch des Öfteren und in diesen Fällen eigentlich so gut wie immer. Ob „Wir“ also diesen Ländern eine Demokratie westlicher Prägung „verpassen“ können, hängt alleine von diesen Ländern bzw. deren Bevölkerungen ab und ob sie dafür bereit sind. Und wir sollten im Hinterkopf haben, dass Einordnungen wie „der Terrorist“ auch oft nur von der Sichtweise (uns positiv oder negativ gesinnt) abhängen. Im anderen Fall kann „der Terrorist“ dann Freiheitskämpfer oder Rebell sein.

Der Afghanistan Krieg

Es waren Bilder die man nicht fassen konnte, die am 11. September 2001 im Fernsehen zu sehen waren. 2 Flugzeuge rasten kurz nacheinander in die Twin Towers und töteten in der Folge über 3000 Menschen. Jedem, der diese Bilder sah war klar, dass dieser Anschlag Konsequenzen nach sich ziehen würde. Terroristen hatten Amerika angegriffen. In der Folge wurde zwar klar, dass die

Mehrzahl dieser Terroristen aus Saudi-Arabien stammte. Von den USA angegriffen wurde am 07. Oktober 2001 allerdings Afghanistan, da sich dort der angebliche Drahtzieher, Osama bin Laden, aufhielt. Dieser Krieg war völkerrechtswidrig, da Afghanistan als Staat weder die USA noch ein anderes Land attackiert hatte.

Afghanistan ist das einzige Land in der langen Reihe von Kriegen, in die der Westen verwickelt ist, das nicht über nennenswerte Erdölreserven verfügt. Die großen Vorkommen an Lithium, so groß, dass das Land als „Saudi-Arabien für Lithium“ bezeichnet wird, wurden erst nach Kriegsbeginn entdeckt. Allerdings gilt Afghanistan als „unsinkbarer“ Flugzeugträger, was seine geostrategische Bedeutung mit direkter Grenze zu China beschreibt.

Wer sich das politische System in Afghanistan so vorstellt, als ob es den westlichen Systemen ähnelt, macht schon hier einen folgenschweren Fehler, der jeden objektiven Blick auf die dortigen Zustände verbaut. Hier gibt es u.a. Paschtunen, Tadschiken, Usbeken, Hazara, Aimaken, Belutschen, Turkmenen, Nurastani und Kirgisen, die Gesellschaft ist vor allem in Dorf- und Stammesgemeinschaften, Clans und Anhänger von verschiedenen Religionen unterteilt.

Als weitere Begründungen für den Krieg wurden die Rauschgiftbekämpfung, sowie der Schutz der Frauen- und Menschenrechte genannt. Die Rauschgiftproduktion wurde allerdings nach dem Sieg über die Taliban-Regierung von Jahr zu Jahr höher, in der näheren Zukunft will man sich aus Afghanistan zurück ziehen, was die Frauenrechte alles andere als stärken wird, Menschenrechte stehen in einem Krieg auf dem Papier und das ist bekannterweise geduldig. Dass man immer wieder von Massenvergewaltigungen hört wirft ein bezeichnendes Bild auf das Thema Frauenrechte. Das dritte große Problem ist die Unterernährung von Kindern. In einem Bericht der Vereinten Nationen 2019 werden folgende Zahlen genannt: Bei 35 Prozent aller Kinder liegt eine schwere, akuter Mangelernährung vor. Von diesen Kindern könnten 25 Prozent gerettet werden. 30-50 Prozent der Kinder sterben.

Wie sich die Umstände in Afghanistan verändert haben, kann man aus dem Kommentar eines gewissen Rasouli Gholam entnehmen, der auf der Internetseite der Heinrich Böll Stiftung den folgenden Kommentar hinterließ:

„Ich wünsche ein tag Afghanische Kindern können in Frieden und Freiheit leben.“

Auch die Bundeswehr ist seit 2001 in diesen völkerrechtswidrigen Krieg verwickelt. 111 Bundeswehrangehörige kamen ums Leben. Die Kosten für den Einsatz liegen bei ca. 3 Milliarden pro Jahr. Eine der traurigsten Fälle in diesem Krieg, die Bombardierung und Tötung von Menschen, darunter viele Kinder, die aus einem Tanklastzug Benzin abließen, geht auf das Konto Deutschlands bzw. des Bundeswehr-Offiziers Oberst Klein, der den Befehl dazu gab. Einem NATO-Bericht zufolge wurden zwar klare Fehler der Bundeswehr ausgemacht, Klein wurde in der Folge aber trotzdem zum General befördert.¹

Die Irak-Kriege

Der zweite Irak-Krieg begann am 20.03.2003. Auch dieser Krieg war völkerrechtswidrig. Als einer der Gründe wurde vorgebracht, dass der Irak auf Anweisung von Saddam Hussein, dem „Schlächter von Bagdad“, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen herstellen würde. Im Nachhinein stellte sich alles als Lüge heraus. Zu diesem Zeitpunkt spielte das aber auch keine Rolle mehr, denn Saddam Hussein wurde ohne ein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren hingerichtet. Irak hat nach Schätzungen (2010) die weltweit zweitgrößten Erdölvorkommen.

Nachdem oben über den zweiten Irak-Krieg geschrieben wurde dürfte klar sein, dass es auch einen ersten Irak-Krieg gab. Dieser Krieg gegen den Irak wurde 1991 mit der „Brutkastenlüge“ propagandistisch vorbereitet. Eine junge Frau schilderte seinerzeit im US-Repräsentantenhaus, dass irakische Soldaten nach der Besetzung Kuwaits frühgebohrne Kinder aus ihren Brutkästen gezogen und damit getötet hätten. Später wurde bekannt, dass diejenige, die weinend diese grauenvolle Begebenheit vorgetragen hatte, tatsächlich die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war und die komplett erfundene Geschichte durch eine PR-Agentur fabriziert war.

Dieses Beispiel zeigen deutlich, mit welchen Lügen gearbeitet wird um einen Krieg zu rechtfertigen. Dass es nicht allen Amerikanern egal ist, was von den USA getrieben wird, zeigt das Engagement von Ray Mc Govern, einem ehemaliger Angehörigen des Geheimdiensts CIA. Er sagt: Die angeblichen Geheimdienstinformationen über ein irakisches Programm zur Produktion che-

mischer, und biologischer Waffen, die vom US-Außenminister Powell vor der UN-Sicherheitsrat für die Begründung des zweiten Irak-Krieges vorgebracht wurden, waren nicht einfach fehlerhaft, sie waren gefälscht.

Im Irak-Krieg wurde Uranmunition verwendet. Diese Art von Munition müsste eigentlich weltweit geächtet sein. Aber sie hat mehrere Vorteile wie etwa die panzerbrechende Eigenschaft und dass Abfälle aus den Atomkraftwerken nicht mehr mühsam und geldintensiv entsorgt werden müssen, sondern als besonders schweres Material für Gefechtsköpfe verwendet werden. Deshalb wird sie entgegen aller Konventionen und Menschenrechte eingesetzt. Bitte sehen sie mir nach, dass ich an dieser Stelle auf die „westlichen Werte“ verweise. Verlierer in diesem bzw. diesen Kriegen war, wie eigentlich immer, das Volk, in diesem Fall das irakische. In den nächsten Millionen Jahren, und das ist keine Übertreibung, werden die Reste der Uranmunition das irakische Volk vergiften und für tote und missgestaltete Kinder sorgen.

Die Rolle Deutschlands in diesem Krieg kann leider nur als traurig bezeichnet werden. Während der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder noch lauthals verkündete: „Deutschland wird sich nicht am Krieg gegen den Irak beteiligen“, sah die Wahrheit leider anders aus.

So bestand die Präsentation von US-Außenminister Powell zu einem erheblichen Teil aus Informationen deutscher Geheimdienste, wobei diese allerdings mehrfach gewarnt hatten, dass diese Informationen nicht verifiziert seien. Zweitens gab es Unterstützungsleistungen der Bundeswehr mit Besatzungen in AWACS-

Friedensarbeit 2016

- Asylpolitischer Frühschoppen mit Ulla Jelpke, MdB
- Beteiligung an der Mahnwache auf Rathausplatz gegen die AfD
- Demo und Menschenkette gegen die Siko in München
- Aktion gegen den BW-Auftritt bei der Messe „Fit for Job“
- Ostermarsch
- Teilnahme am Ostermarsch draußen in Schrobenhausen zur Rüstungsfirma MBDA
- Kritische Aktionäre Renk bei der Hauptversammlung
- Teilnahme an der 1.-Mai-Demo
- Veranstaltung „Über die Wirksamkeit militärischer und ziviler Handlungsoptionen“
- Teilnahme am Fest zur Befreiung vom Faschismus
- Infostand beim Europatag
- Mitveranstalter beim Vortrag „Gewaltfrei trotz Boko Haram“
- Veranstaltung „EloKA - Die Aufrüstung der Bundeswehr für den Cyberkrieg“
- Menschenkette in Ramstein
- Aktion beim Mayors for Peace“-Flaggentag
- Veranstaltung „Ein mutiger Deserteur: André Shepherd entzieht sich dem Irakkrieg“
- Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Kundgebung am Antikriegstag
- Fahrt zur Demo „Die Waffen nieder!“ in Berlin
- 37. Augsburger Friedenswochen

**MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT?
AM 4. SEPTEMBER 2009 STARBEN
BEI EINEM LUFTANGRIFF IM
AFGHANISCHEN KUNDUZ 142 MENSCHEN,
DARUNTER AUCH FRAUEN UND KINDER.
DER DEUTSCHE BEFEHLSHABER WURDE SPÄTER
ZUM BRIGADEGENERAL BEFÖRDERT.**



**NEIN ZU AUSLANDSEINSÄTZEN!
BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!**

www.dfg-vk.de



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

VSOP - DFG-VK Bundesverband, Werastraße 10, 70182 Stuttgart

**Infomaterial
der DFG-VK im
Stil der aktuel-
len Bundeswehr-
Werbekampagne.
Bild: DFG-VK**

Flugzeugen, mit Fuchs Spürpanzern (in Kuwait), Geleitschutz für US-Kriegstransporte durch die Bundesmarine sowie Bundeswehrsoldaten, die zur Bewachung der amerikanischen Weitere Informationen stellt die folgende Seite bereit: www.iraktribunal.de/hearing190604/schreer.htm.

Der Libyen-Krieg

begann am 19. März 2011 durch die Luftangriffe Frankreichs und der USA auf das Land, das die größten nachgewiesenen Erdölreserven (Platz 10 weltweit) auf dem afrikanischen Kontinent hat. Als Begründung wurde, ebenso wie bei vielen anderen Kriegen, der Schutz der Zivilbevölkerung angeführt.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion dazu lautete folgendermaßen: "Der Bundesregierung liegen keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor."

Auf anderen Internetseiten kann man lesen, dass die wirklichen Hintergründe für diesen Krieg aber

eher darin liegen, dass Gaddafi eine an Gold gebundene, panafrikanische Währung einführen wollte. Diese sollte ein Gegengewicht zu Euro und Dollar bilden. Und er plante ein afrikanisches Wirtschafts- und/oder Militärbündnis.

Gaddafi war deshalb einigen westlichen Herrschern, allen voran dem damaligen amerikanischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Obama schlicht ein Dorn im Auge, der egal wie, wegmusste.² Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel.

Wenn man einem Blogbeitrag in der Zeitung „Der Freitag“, die Zeilen liest, dass „nach Gaddafi nicht nur nichts besser, sondern alles viel schlechter geworden“ ist, sollte uns dies zu denken geben. Dazu passt dann auch die Aussage eines Libyers, der sagte: "Ich war von Anfang an bei der Revolution dabei und habe gegen Gaddafi gekämpft. Vor 2011 habe ich Gaddafi über alles gehasst. Aber jetzt ist das Leben um so vieles härter. Nun bin ich der größte Anhänger von Gaddafi geworden."

Und ein ehemaliger Diplomat sagt: "Libyen ist mit Gaddafi gestorben (...) Die sogenannte Revolution war eine Lüge, alles Lügen (...) Wir wurden 42 Jahre von Gaddafi behütet (...) Es war keine libysche Revolution, es war eine Revolution der NATO, weil sie Gaddafi loswerden wollte."

Gaddafi wird immer als der Folterer hingestellt, der sein eigenes Volk umgebracht habe. Dass der Menschenrechtsrat Gaddafi wegen der Frauenrechte lobte, da sie für Frauen das Recht auf Erziehung, Arbeit, Eigentum und Einkommen festlegten, wurde dagegen nur sehr selten erwähnt.³

Wie auch bei anderen Kriegen war Deutschland auch dieses Mal offiziell nicht involviert. Am 22.08.2011 konnte man allerdings auf der Website der Deutschen Welle lesen, dass elf Bundeswehr-Soldaten an der Auswahl der Ziele des NATO-Luftkriegs beteiligt waren.⁴ Ebenso wurden Bombenteile an die beteiligten NATO-Partner geliefert.

Knappe 2 Wochen später, am 09.09.2011 waren dann schon mehr als 100 deutsche Soldaten in den Krieg gegen Libyen involviert.⁵

Der Syrien-Krieg

Der Syrien-Krieg begann ebenfalls 2011. Einige westliche Staaten, in erster Reihe die USA, wollten den „Schlächter von Damaskus“, Baschar al-Assad

loswerden. Oder kurz, man behauptete auch hier, dass er das eigene Volk umbringen würde.

Die Möglichkeit eröffnete sich, als der sogenannte arabische Frühling für Umstürze in einigen arabischen Ländern sorgte.

Was man auch so gut wie nie zu hören bekommt ist, dass der Westen so gut wie alles dafür tat, um die syrische Opposition, das geht von Rebellen bis zu Terroristen, zu unterstützen. Und die Unterstützung geht von Ausbildung bis zur Waffenlieferung.

Ein anderer, wenn nicht sogar der wichtigste Gründe könnte sein, dass Assad sich weigerte, eine Pipeline vom größten Erdgaslager der Welt in die Türkei und in die EU über syrisches Gebiet verlegen zu lassen. Syrien steht politisch Russland (und dem Iran) nahe. Eine Ablehnung des Baus dieser Pipeline hätte bedeutet, dass Russlands Erdgas auf dem europäischen Markt eigentlich keinen Konkurrenten hätte.

Verschiedene Länder unterhalten völkerrechtswidrig Militärbasen in Syrien. Russland ist als eingeladene Hilfsmacht davon ausgenommen. Die USA allein unterhalten allein mindestens 10 Basen, auf denen teilweise auch Soldaten anderer Länder operieren. Offiziell ist der Gegner der IS, der in Syrien bekämpft wird. Der Aufwand, der von den USA in Syrien betrieben wird könnte den Schluss zulassen, dass sich die USA dauerhaft in Syrien niederlassen will und dass sie u.U. eine Teilung des Landes entlang des Euphrat anstreben. Ein Krieg mit Russland auf syrischem Boden wäre dann wahrscheinlich.

Früher hatte der Westen freundschaftliche Kontakte nach Syrien. Westliche Geheimdienste ließen in syrischen Geheimgefängnissen foltern. Und auch der Bundesnachrichtendienst war dabei. Heute brennen in Syrien Getreidefelder. Die NZZ berichtete Mitte Juni, dass „plötzlich“ tausende Hektar Getreidefläche brennen. Teilweise angezündet vom türkischen Militär. So wird Hunger als Waffe missbraucht.⁶

Am 4. Dezember 2015 hat der Deutsche Bundestag den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien mit anfangs in der Türkei und danach in Jordanien stationierten Tornados, einem Tankflugzeug und Bundeswehr-Soldaten in AWACS-Flugzeugen beschlossen. Dieser Kriegseinsatz ist weder durch das Völkerrecht noch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr abge-

deckt. Ein Beitrag auf der Webseite Rubikon zu der Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg in Syrien zitiert einen Artikel aus der Zeitung „Die Welt“⁷, laut dem ein Spionageschiff der deutschen Marine vor der syrischen Küste kreuzte um die „Rebellen“ mit Informationen zu versorgen.

Der Iran-Krieg

Der Krieg gegen den Iran, zumindest das, was man als den Anfang davon bezeichnen könnte, ist die Kündigung des Atom-Abkommens durch die USA. Wenn man also von Eskalation spricht, dann geht sie von den USA aus.⁸ Das war schon im Jahr 1953 der Fall, als die USA und Großbritannien den damaligen Premierminister Mohammed Mossadegh stürzten. Der Grund war seinerzeit, dass Mossadegh die Ölindustrie nationalisiert hatte.

Es ist ziemlich klar, dass es bei den meisten Kriegen um Rohstoffe oder um strategische Interessen des Westens geht. Für Frauen- Kinder- und Menschenrechte würde nie ein Krieg geführt werden. Als Gründe für einen Krieg taugen sie jedoch vorzüglich. Um Kriege zu rechtfertigen ist keine Lüge zu schändlich.

Wir können nur hoffen, dass sich die negativen Vorzeichen in Bezug auf Iran und weiterer Kriege nicht bewahrheiten. Die Doomsday Clock steht immer noch auf 2 Minuten vor Mitternacht.

Endnoten

- 1 www.faz.net/aktuell/politik/ausland/luftangriff-bei-kundus-nato-bericht-sieht-fehler-der-bundeswehr-1866066.html
- 2 www.ag-friedensforschung.de/reigionen/Libyen/henken2.html
- 3 faszinationmensch.com/2015/10/21/gaddafis-libyen-war-afrikas-reichste-demokratie
- 4 www.dw.com/de/deutsche-soldaten-in-der-libyen-einsatzfuehrung/a-15330199
- 5 www.spiegel.de/politik/deutschland/krieg-in-libyen-mehr-als-hundert-deutsche-am-nato-einsatz-beteiligt-a-785381.html
- 6 www.heise.de/tp/features/Nordsyrien-und-Irak-Feuer-als-Waffe-4468987.html
- 7 www.rubikon.news/artikel/deutschland-im-krieg
- 8 www.lvz.de/Nachrichten/Kultur/Kultur-Regional/Doppelstandards-Journalismusforscher-sieht-Defizite-in-der-Iran-Berichterstattung



Bild: Wikipedia - User: ggja (CC BY-SA 3.0)

Fluchtgrund Krieg

Weltweit sind 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt.

von Rainer Nödel

Laut UNHCR sind heute fast 70 Millionen Menschen wegen Krieg und Gewalt oder weil sie verfolgt werden auf der Flucht. Krieg ist „die“ Fluchtursache Nr.1. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der Flüchtlinge wegen Krieg und Gewalt mehr als verdoppelt. Und sie steigt weiter. Dass Menschen nicht einfach so fliehen, zeigt ein Text der Organisation ProAsyl:

Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, wiegen schwer.

„Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass auf offener See der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – die Heimat, Besitz, Freund*innen, Verwandte, vielleicht sogar Kinder –, nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben, weil im Herkunftsland Krieg herrscht, Verfolgung droht, Diskriminierung an der Tagesordnung oder die eigene Existenz in Gefahr ist. Die größte Gruppe unter den Asylsuchenden in Deutschland sind derzeit Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg – von Anfang 2015 bis Ende 2016 stellten sie mit 425.000 Anträgen über ein Drittel der Asylerstanträge, die während dieser zwei Jahre in Deutschland insgesamt verzeichnet wurden. Im gleichen Zeitraum suchten fast 160.000 Asylsuchende aus dem von Krieg und Vertreibung gezeichneten Afghanistan Schutz, knapp 126.000 Menschen aus dem terrorge-

plagten Irak, etwa 32.000 Personen aus dem für schwere Menschenrechtsverletzungen kritisierten Iran und rund 30.000 Personen aus Eritrea, wo eine brutale Militärdiktatur herrscht.“

www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Pro_Menschenrechte_Contra_Vorurteile_2017_Webversion.pdf

Deutschland und speziell der Bundessicherheitsrat dürfen sich „rühmen“, durch die Genehmigungen von Waffenexporten in alle Welt an Tod und Leid, aber auch der Flucht Tausender Menschen schuldig zu sein. Denn diese Waffenlieferungen gingen zum Teil an Länder, in denen Bürgerkrieg herrschte, an Kriegsparteien, die sich gegenseitig bekämpften und an Länder, in denen die Menschenrechte so gut wie nichts gelten. Würde wie in der Wirtschaft das Verursacherprinzip gelten, müsste Deutschland und nicht die an Kriegszonen angrenzenden Länder die meisten Flüchtlinge aufnehmen.

Flüchtlinge unerwünscht

Da Flüchtlinge aber, bis auf die gut ausgebildeten, die man der heimischen Wirtschaft zur Verwertung zuführen kann, inoffiziell unerwünscht sind, hat sich ein neuer Wirtschaftszweig gebildet: der Bau von Zäunen oder hochtechnisierten Sicherungsanlagen zur Flüchtlingsabwehr. Diese Zäune werden bevorzugt in Afrika gebaut, teilweise finanziert mit deutschem (Steuer-)Geld. Deutschland hat in den vergangenen Jahren einerseits alles dafür getan, dass man bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen offiziell gut da steht, aber auf der anderen Seite aber auch alles, dass es gar nicht erst dazu kommt. Das „Wir schaffen das“ der deutschen Bundeskanzlerin kann man deshalb getrost mit kritischen Augen sehen.

Aber natürlich sind nicht nur Kriege dafür verantwortlich, dass Menschen aus ihren Heimatländern fliehen müssen, sondern auch die „ganz normale“ europäische Wirtschaftspolitik. Mit welchen Mitteln die deutsche Außenpolitik arbeitet, machte Kanzlerin Merkel bereits 2006 auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich:

„Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

Keep hope alive

Zum Engagement von pax christi Augsburg zum Palästina-Israel-Konflikt.

von Jost Eschenburg und
Christian Artner-Schedler



Bild: Wikipedia - Mujaddara (CC BY-SA 3.0)

Ungeteilte Solidarität ist ein zentraler Begriff, wenn es um die Friedensarbeit von pax christi in Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt geht. Die fünf Begegnungs- und Solidaritätsreisen von pax christi Augsburg und die drei Jugendaustauschbegegnungen hier in den letzten zehn Jahren waren in diesem Sinne angelegt:

- Begegnungen schaffen
- Solidarität mit Menschen und Friedensgruppen in Palästina und Israel zeigen
- ehrliches Wahrnehmen der unterschiedlichen Narrative auf der Grundlage von Respekt

Das gemeinsame Eintreten für Gewaltfreiheit und ein Miteinander auf Augenhöhe in diesem Konflikt um Land, Sicherheit und gleiche Rechte, waren wichtige Gesichtspunkte während der Reisen und Begegnungen. Es ging uns nicht um pro Israel oder pro Palästina, sondern um pro Frieden und Unterstützung aller wahren Friedenaktivitäten der engagierten Gruppen auf beiden Seiten – wissend um den asymmetrischen Konflikt einer Besatzungssituation.

Die Gruppen und ihre Menschen brauchen dringend unsere Solidarität, weil die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit – immer wieder unsere Erfahrung – in den letzten Jahren größer geworden ist.

Manches, was vor Jahren in der Besatzungssituation noch provisorisch aussah, wurde inzwischen als dauerhaft und bleibend ausgestaltet. Einiges wurde sprichwörtlich „zementiert“, etwa in Hebron vor den Patriarchengräbern, an den Checkpoints, im Siedlungsbau ...

Manche Begegnungen haben mehr Fragen als Antworten aufgeworfen, uns zuweilen auch ratlos zurück gelassen, viele Begegnungen mit eindrucksvollen Friedensaktivisten*innen aber haben uns immer wieder sehr berührt und uns ermutigt in der Solidaritätsarbeit weiterzumachen.

Die Situation

Ein Ende des Nahostkonflikts ist nicht absehbar. Dabei schiene eine Lösung auf der Hand zu liegen: Die Palästinenser*innen bekämen im Wesentlichen die 1967 besetzten Territorien als eigenes Staatsgebiet mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Die Mauer würde abgerissen und die beiden Staaten gingen eine enge wirtschaftliche und politische Allianz ein. Alle Friedenspläne der Vergangenheit liefen auf diese Lösung hinaus. Aber dazu wird es in absehbarer Zeit nicht kommen. Im Gegenteil, die derzeitige Entwicklung mit der amerikanischen Nahostpolitik unter der Administration von Donald Trump und der aktuellen Ankündigung des israelischen Präsidenten Benjamin Netanjahu, das Jordantal anneklieren zu wollen, lässt weiter Spannungen und Eskalation erwarten. Was der sog. Trump-Deal – soweit bekannt ist – bringen wird, ist offen. Nach den Worten von Sumaya Farhat-Naser wird er die Situation der Palästinenser*innen nicht verbes-



**Die palästinensischen
Autonomiegebiete,
bestehend aus
dem Gazastreifen
und dem
Westjordanland. Nur
die dunkel markierten
Bereiche stehen
komplett unter
palästinensischer
Verwaltung.
Quelle: Wikipedia**

Israel und Palästina



**Mauer und
Checkpoint
bei Nablus.**

**Bild: Bild: Wikipedia
- Mujaddara
(CC BY-SA 3.0)**

sern. Wir glauben, die tieferen Gründe verstanden zu haben, warum die Situation so festgefahren ist. Einer unserer Gesprächspartner auf unseren Reisen war Bob Lang, ein gebürtiger Amerikaner jüdischer Abstammung mit deutschen Wurzeln. Er wohnt in Efrata, einer jüdischen Siedlung auf einem Hügel südlich von Bethlehem, mitten im besetzten Westjordanland. Nach Tätigkeiten in verschiedenen israelischen Regierungen arbeitet er heute in der Gemeindeverwaltung von Efrata und in der Siedlerbewegung. Er lädt Besuchergruppen wie die unsere in sein schönes Haus ein und erklärt ihnen die Situation aus seiner Sicht. „Wir sind für die Einheit Palästinas“, so sagt er. „Hier in Judäa und Samaria - so nennen wir die Gebiete - hier hat sich der wichtigste Teil unserer biblischen Geschichte abgespielt. Wir haben jedes Recht, hier zu leben, mehr als jeder andere. Auch aus strategischen Gründen müssen wir die Hügelkämme besetzen. Palästina ist wie ein Dach zwischen Mittelmeer und Jordantal; wer auf dem Dachfirst sitzt, hat das Land unter sich. Das Leben hier ist bequem, die Verkehrsverbindungen sind ausgezeichnet: In einer halben Stunde sind wir im Zentrum von Jerusalem, in einer Stunde in Tel Aviv. Deshalb sind die Grundstückspreise hier schon fast so hoch wie in der Großstadt. Die arabischen Palästinenser sind uns willkommen; wir haben gute Beziehungen zu zwei arabischen Nachbardörfern und versorgen sie sogar mit unserem Wasser; darüber dürfen wir aber nicht so laut reden. Wir meinen, sie sollen die Rechte der arabischen Bürger Israels bekommen. Aber dieser Staat muss ein jüdischer Staat bleiben.“

So etwa kann man zusammenfassen, was Bob Lang uns mitteilte. Die Idee einer Einstaatenlösung hat manches für sich; auch viele unserer Freund*innen aus der palästinensischen und israelischen

Friedensbewegung halten sie mittlerweile für die einzig mögliche. Aber ein Staat für zwei Völker wäre kein „jüdischer Staat“, sondern ein jüdisch-palästinensischer.

Logisch gesehen gibt es nur diese beiden Wege zu einem gerechten Frieden zwischen den beiden Völkern: Entweder sie teilen das Land in zwei Staaten oder sie teilen sich einen Staat. Aber beide Wege sind blockiert: Die Mehrheit der Israelis lehnt einen gemeinsamen Staat ab (was die Palästinenser*innen mehrheitlich denken, ist unbekannt), und die Siedler wollen die Westbank („Judäa und Samaria“) nicht den Palästinenser*innen überlassen.

Was bleibt, ist der Status Quo, die für die Palästinenser*innen mit Abstand schlechteste Lösung. Die jetzige Situation ist aus den gescheiterten Oslo-Verträgen von 1993 hervorgegangen. Damals wurde die Westbank in drei Zonen eingeteilt, A, B und C, die nacheinander an die Palästinensische Autonomie-Behörde übergeben werden sollten. Zone A und B umfasst die palästinensischen Städte und Ortschaften, Zone C das Land dazwischen, fast zwei Drittel des Bodens. Diese Zone steht noch immer vollständig unter israelischer Militärhoheit. Hier auf den Hügelkämmen liegen alle israelischen Siedlungen. In Zone C wohnen mindestens dreimal so viele israelische Siedler*innen wie Palästinenser*innen; sie kontrollieren fast die Hälfte des Bodens und haben eine eigene Infrastruktur (Verkehr, Wasser, Industrie und Landwirtschaft), die von den Palästinenser*innen nicht beeinflusst werden kann und ihnen nur wenig zugutekommt, vielfach aber schadet, weil ihnen das Wasser abgegraben, das Land beschlagnahmt und ihre Bewegungsfreiheit beschränkt wird, und die stark subventionierten israelischen Betriebe auf ihrem Grund blockieren ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Was können wir tun?

Können wir in Deutschland etwas beitragen, um Frieden und Gerechtigkeit voranzubringen in diesem Konflikt, der nicht nur den unmittelbar Beteiligten schadet, sondern auch den Weltfrieden bedroht und schon vielfach direkt oder indirekt zu Kriegen Anlass gegeben hat? Ein kleiner Beitrag ist die von pax christi ins Leben gerufene Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“, an der sich alle beteiligen können. Dabei geht es um Lebensmittel mit der Herkunftsbezeichnung „Israel“. Stammen

sie wirklich aus Israel oder wurden sie in illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank hergestellt? Fragen Sie im Laden nach! Zollrechtlich ist es ein Unterschied; Waren aus Israel werden fast wie EU-Waren behandelt, aber die besetzten Gebiete werden nicht zu Israel gezählt. Die Zollbehörden kennen die genaue Herkunft, nur die Verbraucher erfahren sie bisher nicht.

Solange nicht die Palästinenser*innen darüber entscheiden, welche israelischen Betriebe sich bei ihnen ansiedeln dürfen, sondern die israelische Militärverwaltung, solange möchten wir als Verbraucher*innen darüber informiert sein, woher die Waren wirklich kommen. In England besteht bereits eine solche Kennzeichnungspflicht, die EU hat sie für alle Länder empfohlen.

Was tun die Palästinenser*innen selbst in dieser Situation? Ihre Reaktion ist erstaunlich. Sie sehen, dass ihnen große Pläne und Verhandlungen über 20 Jahre nichts Gutes gebracht haben. Sie haben daher ein Konzept entwickelt, das nur auf ihre eigene Kraft baut. Es heißt „Sumud“, das arabische Wort für Standhaftigkeit, es könnte aber auch die Übersetzung des Gandhischen „Satyagraha“, Festhalten an der Wahrheit sein. Es ist ein Konzept des Ausharrens und gewaltfreien Widerstehens gegen die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft auf allen Ebenen: persönlich, kulturell, politisch. Verschiedene Formen davon konnten wir auf unseren Reisen erleben: bei unseren Gastgebern, dem Arab Educational Institute

(AEI) in Bethlehem, die das Leben in den von der Mauer betroffenen Teilen Bethlehems kulturell neu organisieren und eindrucksvolle Friedensarbeit mit Jugendlichen und Frauen machen, oder bei Sumaya Farhat-Naser mit ihrer vielfältigen Arbeit zur Stärkung von Frauen und Jugendlichen. Bei der israelischen Friedensorganisation „Israeli Committee Against House Demolitions“ (ICAHD), die sich einsetzt für Menschen, deren Häuser von der israelischen Armee zerstört wurden oder der eindrucksvollen palästinensisch-israelischen Friedensorganisation „Parents Circle“, einer Vereinigung von über 600 israelischen und palästinensischen Familien, die einen direkten Verwandten als Folge des Konfliktes verloren haben und viele weitere. Sie alle halten mit uns die Hoffnung lebendig, die Besetzten und die Besatzer*innen zu befreien. Eine andere Welt ist möglich, auch in Nahost.

Friedensarbeit 2017

- Teilnahme an Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen
- Teilnahme an der Demo gegen die Sicherheitskonferenz
- Mitveranstalter des Theaterstücks „Das Bild vom Feind“ der Berliner Compagnie
- Ostermarsch
- Kritische Aktionäre Renk bei der Hauptversammlung
- Teilnahme an der 1.-Mai-Kundgebung
- Infostand beim Europatag
- Veranstaltung „Perspektiven für eine friedliche Sicherheitspolitik“ mit Inge Höger
- „Mayors for Peace“-Flaggentag
- Veranstaltung „Du sollst nicht töten! Der Weg Martin Niemöllers vom U-Boot-Kommandanten zum aktiven Pazifisten“
- Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Kundgebung zum Antikriegstag
- Demo in Ramstein
- Aktion „Goldene Nasen der Rüstungsmanager“
- 38. Augsburgener Friedenswochen

Das erste, zweite und dritte Jahrzehnt

Die Broschüren, die von der AFI 1989, 1999 und 2009 zu 10, 20 und 30 Jahren Augsburgener Friedenswochen erstellt wurden, stehen auf unserer Homepage im Archiv als PDF zum Download bereit – www.augsburger-friedensinitiative.de.



Bündnis- und Kooperationspartner

Bei den Osteraktionen, Friedenswochen und Antikriegsaktionen der AFI waren und sind wir auf Bündnis- und Kooperationspartner angewiesen. Nachfolgend sind die Organisationen aufgelistet, die an Veranstaltungen bei den Friedenswochen 2010 bis 2019 direkt oder als Kooperationspartner beteiligt waren. Zudem haben wir Organisationen, mit denen wir besonders intensiv zusammenarbeiten, gebeten, sich und ihre Friedensarbeit vorzustellen.

- AK Internationales im DGB Augsburg
- Aktionsbündnis zu NEIN zu Gewalt an Frauen
- Alevitische Jugend
- Arbeitsgemeinschaft Augsburgere Frauen
- Attac-Augsburg
- Augsburgere Friedensinitiative (AFI)
- Bildungscafé
- Buchhandlung am Obstmarkt - Büchergilde/Brechtshop
- Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Augsburg
- Bündnis 90 – Die Grünen KV Augsburg Stadt
- Büro für Chancengleichheit der Universität Augsburg und die Gleichstellungsstelle der Stadt Augsburg
- Café Tür an Tür
- DIE LINKE.Kreisverband Augsburg
- DKP Augsburg
- DFG-VK Augsburg
- Evangelisch „Zu den Barfüßern“
- Evangelische Kirchengemeinde St. Ulrich
- Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung,
- Forum Fließendes Geld der Lokalen Agenda 21 und Andere
- Forum solidarische und friedliche Augsburg
- Frankl-Forum Augsburg
- Frauenbündnis gegen Rechts
- Frauenforum in der Diözese Augsburg
- Frauengeschichtskreis Augsburg
- Frauenprojektehaus Augsburg e.V.
- Frauenverband
- Courage Augsburg
- Freidenkerverband Augsburg
- Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Gruppe Augsburg
- GEW KV Augsburg
- GeschichtsWerkstatt Augsburg e.V.
- Gesprächskreis“ Kirche und Gesellschaft“ Ev. St. Ulrich
- Grandhotel Cosmopolis
- Greenpeace Augsburg
- Hans-Beimler-Verein e.V. Augsburg
- Initiative Friedliche Universität Augsburg (IFUA)
- Initiativkreis Stolpersteine für Augsburg und Umgebung
- Internationales Kulturzentrum IKZ
- Israelitische Kultusgemeinde Augsburg-Schwaben
- Jüdisches Museum Augsburg-Schwaben
- Jusos
- Kath. Landvolkbewegung Augsburg
- Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Augsburg e.V. – Bildungswerk
- Kolping Augsburg
- Kresslesmühle
- Kulturcafé NERUDA
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V.
- Kulturreferat Stadt Augsburg Fachstelle Erinnerungskultur
- Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg
- Lokale Agenda 21
- Mahir Türkmén
- Mennonitengemeinde Augsburg
- Pax Christi Diözesanverband Augsburg
- SDAJ Augsburg
- Terre des Hommes
- Terres des Femmes Augsburg
- Tür an Tür e.V.
- Ulrike Bahr (MdB)
- Umweltstation Augsburg/Projekt Prima Klima
- VHS Augsburg
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) Kreisvereinigung Augsburg
- Volkshochschule Augsburg
- Werkstatt Solidarische Welt e.V.
- Zusammenarbeit mit Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V., freundlicher Unterstützung des Projektbüros für Frieden und Interkultur (Kulturamt) der Stadt Augsburg
- jungeWelt-Leserinitiative
- ver.di-Ortsverein Augsburg

Kooperationspartner

- Evangelisches Forum Annahof
- Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.
- Gleichstellungsstelle der Stadt Augsburg
- Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V.
- Maria-Ward-Schulen
- Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Sozialreferat der Stadt Augsburg und der Regierung von Schwaben
- Theater Augsburg

Unterstützung

durch das Projektbüro für Frieden und Interkultur (Kulturamt) der Stadt Augsburg



Frieden und Freiheit in evangelischer Verantwortung

Die Augsburger Friedenswochen leben davon, an unterschiedlichen Orten in Augsburg Station zu machen. So ist das Evangelische Forum Annahof glücklich, eine der Institutionen zu sein, die ihre Veranstaltungsräume für die Themen der Friedenswoche öffnen können. Zu einer Tradition ist es beispielsweise bereits geworden, dass der Journalist Andreas Zumach im Annahof jährlich über die politische Konfliktlage in Nordafrika und im Nahen Osten berichtet. Regelmäßig werden Themen wie Rüstungsexporte kritisch beleuchtet, FachreferentInnen aus Afghanistan, Palästina oder dem Jemen geben Eindrücke aus erster Hand weiter. Auch Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus finden immer wieder im Annahof statt. Manchmal muss Kirche als Glaubens- und Wertegemeinschaft deutlich Position beziehen.

Manch einer fragt, weshalb solche Veranstaltungen in einem evangelischen Haus stattfinden – die Inhalte sind weder protestantisch, oft nicht einmal religiös. So versteht sich das Evangelische Forum Annahof auch nicht. Themen, die auf der Agenda stehen, haben mit Politik, Gesellschaft, Werten, Persönlichkeitsentwicklung zu tun, natürlich sind es hier und dort auch theologische und religiöse Themen. Das Evangelische daran ist jedoch

die Haltung, in der Veranstaltungen verantwortet werden.

Die Freiheit eines Christenmenschen

wird groß geschrieben. Es geht darum, sich eine Meinung zu bilden. Das geschieht mit Hilfe qualifizierter Informationen vermittelt durch authentische Referentinnen und Referenten. Diese dürfen durchaus eine bestimmte Meinung vertreten, die nicht einmal unbedingt die Meinung des Veranstalters sein muss. Alle Inhalte müssen sich kritisch hinterfragen lassen, im engagierten Diskurs im Plenum geschieht Meinungs- und schließlich Wertebildung. In dieser Freiheit und Offenheit ist das Evangelische Forum Annahof gern evangelisch – und offen für alle, die kommen möchten, gleich welcher Religion, Weltanschauung, Kultur, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Herkunft. Auch die nächsten Augsburger Friedenswochen sind uns herzlich willkommen.

Michael Kaminski, Studienleiter

Weitere Informationen zum Evangelischen Forum Annahof unter www.annahof-evangelisch.de

Evangelisches Forum

ANNAHOF

Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Augsburg

Die DFG-VK wurde am 09. November 1892 durch die späteren Friedensnobelpreisträger Bertha von Suttner und Alfred Herrmann Fried als Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) gegründet. Nach mehreren früheren Erweiterungen schlossen sich 1974 die DFG mit dem Verband der Kriegsdienstgegner (VK) zusammen.

Die DFG-VK ist eine pazifistische Friedensorganisation. Ihr Pazifismus ist entstanden aus dem menschlichen Entsetzen über die Gräueltaten des Krieges und aus historischer und politischer Einsicht in die Ausweglosigkeit der Versuche kriegerischer Konfliktlösung. Er hat seinen geschichtlichen Ursprung insbesondere im Humanismus,

in der bürgerlichen Friedensbewegung, der Kriegsdienstverweigerung und der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen

von Krieg und Gewalt. Die Mitglieder der DFG-VK bekennen sich zur Grundsatzklärung der War Resisters' International (WRI):

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“



Bündnispartner



Die Mitglieder der DFG-VK engagieren sich in regionalen Gruppen und Landesverbänden im gesamten Bundesgebiet. Darüber hinaus sind sie in allen thematischen Bereichen der Friedensbewegung und entsprechenden Bündnissen aktiv. Durch diese herausgehobene Stellung ist die DFG-VK das Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Friedens- und Antikriegsbewegung. Sie ist aktiv in der Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen „unsere zukunfts atomwaffenfrei“ und der Kampagne gegen Rüstungsexporte. Die DFG-VK fordert die sofortige Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr und langfristig die Abschaffung aller Armeen.

Die DFG-VK ist Teil der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Sie gestaltet die Arbeit der großen Bündnisse in der

deutschen Friedensbewegung Kooperation für den Frieden und Bundesausschuss Friedensratschlag aktiv mit. Darüber hinaus ist sie aktiver Teil der internationalen Netzwerke des Internationalen Friedensbüros, Genf – IPB, des

Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung, Brüssel – EBCO und der War Resisters' International - WRI, London (Internationalen der KriegsdienstgegnerInnen), deren deutsche Sektion die DFG-VK ist.

In Augsburg arbeitet die DFG-VK Gruppe aktiv bei der Augsburger Friedensinitiative (AFI) mit und organisiert im Bündnis mit anderen Organisationen Veranstaltungen zum Thema Frieden, Kriegsursachen und Hintergründe, gewaltlose Konfliktbearbeitung, Völkerverständigung und Antifaschismus.

DFG-VK: augsburg.dfg-vk.de/
und www.dfg-vk.de /Bundesverband)

IPB: www.ipb.org

EBCO: www.ebco-beoc.org

WRI: www.wri-irg.org

Kein Frieden ohne Abrüstung!

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Unseren Freund*innen der AFI daher selbstverständlich alles Gute zum Jubiläum und danke für Euren unermüdlichen Einsatz! Wir kämpfen gemeinsam für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern ver-

DIE LINKE. Kreisverband Augsburg

bieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland.

Liebe Freund*innen, Frieden beginnt vor Ort. Gegen Waffenexporte und Wettrüsten - Für Konversion!

Ihr organisiert Friedensarbeit in Augsburg seit 40 Jahren. Auf weitere gemeinsame Jahre und darauf, dass bald Frieden herrschen möge!

augsburg.die-linke-bayern.de



DKP Augsburg

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet, als im Zuge des damaligen demokratischen und gesellschaftlichen Aufbruchs ihre legale Arbeit wieder möglich wurde. Zuvor hatten die Kommunistinnen und Kommunisten zwölf Jahre lang in der Illegalität kämpfen müssen, weil ihre Partei 1956 – nur elf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus – verboten worden war. Der Hauptgrund für das Verbot damals war, dass die KPD entschiedenen Widerstand gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik geleistet hatte. Doch auch in den Untergrund gedrängt war die KPD eine wichtige Kraft in der Friedensbewegung, ihre Mitglieder engagierten sich in der Ostermarschbewegung und in den Kampagnen gegen den Krieg der USA in Vietnam. Auch die DKP setzte sich von Anfang an für Frieden, Abrüstung und Entspannung ein. Zehntausende ihrer Mitglieder engagierten sich in den 1980er Jahren in der größten außerparlamentarischen Bewegung der jüngeren deutschen Geschichte, dem Widerstand gegen die Stationierung von US-Atomraketen. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Europas wurde auch die DKP kleiner, doch sie setzte und setzt ihren Kampf für den Frieden fort und gehört weiterhin zu den entschiedensten Kräften, die sich gegen die Kriege im Irak, in Jugoslawien, in Afghanistan, in Libyen und anderswo engagierten und engagieren.

In Augsburg ist die DKP mit einer Gruppe vertreten, die Teil der Bezirksorganisation Südbayern ist. Ihre Mitglieder beteiligen sich im Rahmen ihrer Kräfte und Möglichkeiten an allen Friedensaktionen in der Brecht-Stadt, etwa an den jährlichen Ostermärschen, den Aktivitäten zum Antikriegstag und natürlich an den Augsburger Friedenswochen – ganz im Sinne der Aussagen ih-



res Parteiprogramms: „Die DKP kämpft in und mit der Friedensbewegung für eine Welt, in der die internationalen Beziehungen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf nationaler Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten beruhen. Sie tritt dafür ein, die UNO und das Völkerrecht zu stärken. Für dieses Ziel ist es notwendig, die UNO zu demokratisieren. Jede imperialistische Hegemonial-, Gewalt- und Interventionspolitik muss geächtet werden. Die DKP wendet sich insbesondere gegen den Umbau der Bundeswehr zur weltweit agierenden Interventionsstreitmacht und gegen die Aktivitäten zum Ausbau der EU-Streitmacht. Sie tritt für die Ächtung und Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel ein. Die DKP fordert den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und richtet sich gegen den Bundeswehreininsatz im Innern.“

www.dkp-augsburg.de



Kandgebung am 8. Mai 2018 anlässlich der Befreiung vom Faschismus.

Friedensarbeit 2018

- Fahrt zur Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Wiederaktivierung der Denkort-Initiative Halle 116
- Augsburger Ostermarsch
- Vortrag „Die Studentenbewegung 1965 bis 1968: Der Aufstand gegen die Nazigeneration“
- Kritische Aktionäre RENK bei der Jahreshauptversammlung
- Teilnahme an 1.Mai-Demo
- Vortrag „Europa – Militarisierung statt Frieden?“
- Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
- Vortrag „Jerusalem und das Westjordanland“
- „Frieden geht“, Schrobenhausen
- Demo gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg
- Demo in Ramstein
- Unterstützung der „Seebrücke“
- Kleine Friedenstafel und Hissen der Flagge Mayors for Peace
- Vortrag „Atomwaffenfrei – eine Utopie?“
- Kinderfriedensfest im Botanischen Garten
- Kundgebung zum Antikriegstag
- Vortrag von Daoud Nassar „Wir weigern uns Feinde zu sein“
- 39. Augsburger Friedenswochen

Bündnispartner

Das Friedensbüro im Kulturamt der Stadt Augsburg



FRIEDENSSTADT AUGSBURG

Das Friedensbüro ist eine Einrichtung im Kulturamt der Stadt Augsburg. Es organisiert Veranstaltungen, wie das 14-tägige Kulturprogramm zum Augsburger Hohen Friedensfest, das Festival der Kulturen, Gesprächsreihen und Diskussionsveranstaltungen oder den Diversitytag. Zudem koordiniert und begleitet das Friedensbüro den multireligiösen Dialog am Runden Tisch der Religionen, der sich für das friedliche Miteinander der Angehörigen verschiedener Glaubensrichtungen einsetzt.

**OB Kurt Gribl bei der
Friedenstafel mit
Religionsvertreter-
Innen auf dem
Augsburger
Rathausplatz.
Bild: Friedensbüro**



Das Friedensbüro widmet sich vornehmlich den kritischen Fragen rund um den Themenkomplex Frieden und seiner Bedeutung für das Zusammenleben der unterschiedlichen Gemeinschaften und Milieus in der Stadtgesellschaft. Im Zentrum seines umfassenden Arbeitsbereichs stehen die gesellschaftliche Vielfalt und Impulse für ein friedliches Zusammenleben zwischen den Bürger*innen in Augsburg und der Region - unabhängig von deren Herkunft, Religion, Hautfarbe, Alter, Behinderung und sexueller Orientierung. Zu wei-

teren Themen, die im Friedenskontext stehen - wie z.B. die Rüstungs- und Flüchtlingspolitik oder die Antidiskriminierung - regt das Friedensbüro den bürgerschaftlichen Diskurs an. Zentrales Merkmal ist die konstruktive Arbeit in einem breit aufgestellten Netzwerk mit vielen Partner*innen, mit Vereinen, der Universität, Künstler*innen und Religionsgemeinschaften.

Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) ist ein sehr geschätzter Partner des Friedensbüros, besonders bei Fragen um Militarisierung und Krieg. Das Friedensbüro unterstützt die Veranstaltungen seit Jahren finanziell. Die AFI beteiligt sich regelmäßig am Kulturprogramm zum Friedensfest und orientiert sich dabei an dem jeweiligen Motto.

Das Friedensbüro gratuliert der AFI ganz herzlich zum 40-jährigen Jubiläum und bedankt sich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit und den unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte und das Streben für eine gerechtere Welt, für konsequente Abrüstung sowie das Engagement für die Erinnerungskultur.

Weitere Informationen

Christiane Lembert-Dobler
Friedensbüro im Kulturamt der Stadt Augsburg
Bahnhofstr. 18 1/3a, 86150 Augsburg
Telefon: +49 821 324 32 61
Email: friedensstadt@augsbuerg.de
Internet: www.friedensstadt-augsburg.de



Geschichtswerkstatt Augsburg

Die Geschichtswerkstatt Augsburg e.V. (GWA) besteht seit 1988 als eingetragener Verein, mit derzeit 50 Mitgliedern. Angetreten ist sie mit der Absicht, das Verständnis der Augsburgerinnen und Augsburger von ihrer eigenen Geschichte zu verändern - weg von dem damals vorherrschenden Blick auf das „goldene Augsburg“ der großen Handelshäuser und der Renaissance, hin

zu jüngeren Abschnitten der Stadtgeschichte wie der Industrialisierung, den Weltkriegen und der NS-Herrschaft. Diese Themen waren Ende der 1980er Jahre noch wenig beliebt und kaum erforscht. Im bundesweiten Trend der Geschichtswerkstättenbewegung und methodisch der Alltagsgeschichte und der „Geschichte von unten“ verpflichtet, ging es mit studentischem Elan und eng vernetzt mit anderen gegenkulturellen Initiativen und Gruppierungen dieser Zeit aktiv ans Werk. In kurzer Folge wurden Stadtrundgänge zum Nationalsozialismus in

Augsburg und durch die Viertel außerhalb des Zentrums entwickelt, entstanden Ausstellungen zum Proviantbachquartier und zu Pfersee. Mit dem alternativen Stadtführer „Augsburg zu Fuß“ kam 1995 ein Buch heraus, das bis heute von vielen Stadtführern gerne als Quelle genutzt wird. In den Folgejahren traten neue Themen hinzu, allen voran die Beschäftigung mit den NS-Kasernen im Augsburger Westen und ihrer Nachnutzung durch die Amerikaner nach 1945. Immer wieder hat die GWA im Verbund mit anderen Initiativen gegen den geschichtslosen Abriss der aufgelassenen Kasernenareale seit den 2000er Jahren protestiert und sich dafür eingesetzt, dass zumindest so symbolträchtige Orte wie die Halle 116 - 1944/45 als KZ-Außenlager verwendet - und die ehemaligen Offizierskasinos erhalten und für museale und kulturelle Zwecke genutzt werden. Neben der Geschichte von Militär und Krieg in Augsburg hat sich die GWA in den letzten gut zehn Jahren auch mit der Sozial- und Alltagsgeschichte ausgewählter Wohnhäuser beschäftigt. In enger Kooperation mit dem Architekturmuseum Schwaben entstand das Projekt der „Häusergeschichte(n)“. Ein großes Anliegen war und ist der GWA auch die städtische Erinnerungskultur - etwa durch Erinnerungszeichen im öffentlichen



Raum an Opfer der NS-Herrschaft oder durch das Nacherleben der Revolutionsereignisse von 1918/19. Immer im Zentrum stand und steht dabei der Anspruch, Stadtgeschichte „für alle“ zu vermitteln, insbesondere durch thematische Stadtrundgänge, die bis heute den Kern der Arbeit der GeschichtsWerkstatt bilden. Unsere Mitglieder und unser Publikum mögen älter geworden sein, den kritischen Blick auf die Geschichte Augsburgs im 19. und 20. Jahrhundert haben wir aber stets bewahrt! Auch aus diesem Grund beteiligen wir uns seit vielen Jahren gerne mit Führungen an den „Augsburger Friedenswochen“.

Weitere Informationen: www.gw-augsburg.de

Die Halle 116 in Pfersee ist eines der letzten erhaltenen KZ-Außenlager.

Bild: Neitram (CC BY-SA 4.0)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, KV Augsburg, engagiert sich friedenspolitisch und unterstützt die AFI, da sie der Ansicht ist, dass Kriege jeder Art Zivilisationsbrüche sind, die unter allen Umständen vermieden werden müssen. Wir halten jede Form der Aufrüstung für einen gefährlichen Akt der Aggression und sehen in der Bundeswehr eine reine Defensivarmee, die ausschließlich zu dem Zweck der Landesverteidigung existiert. Und: Unsere Freiheit wird weder am Hindukusch, noch sonst wo auf dieser Welt militärisch verteidigt. Verteidigung von Freiheit ist nur politisch und im Dialog sinnvoll. Verteidigung besteht nicht in der Absicherung von Handelsrouten und der Vertreibung unliebsamer Herrscher anderer Länder, die eventuell andere Vorstellungen von der Verwendung der Ressourcen ihres Landes haben.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Augsburg



Insofern ist die friedenspolitische Maxime der GEW eine faire Politik auf Augenhöhe, die die Rechte und Interessen anderer Staaten respektiert und einen gleichberechtigten Umgang mit ihnen pflegt. Alle Formen des Neokolonialismus sind entschiedenst abzulehnen. Die Charta der UN und die Menschenrechte sind in unserem Handel stets im Auge zu behalten. Das bedeutet Nichtintervention, Anerkennung der Souveränität der Staaten und eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die anerkennt, dass Menschen viele Gründe zu Flucht haben und daher Schutz bedürfen. Wir bekennen uns zu Antirassismus und

Bündnispartner

DGB-Demo am ersten Mai 2017 in Augsburg. Die AFI war ebenfalls mit dabei.



sind gegen jede Form des Antisemitismus und anderer widerwärtiger Formen der Ausgrenzung und Unterdrückung.

Rüstungsexporte sind unter allen Umständen zu vermeiden. Sie führen zu Leid und Gewaltverbrechen an ungezählten Menschen zum alleinigen materiellen Nutzen einiger Kapitalisten. An Kriegen und am Elend Dritter materiell zu profitieren ist widerlich und gehört verboten. Die Tatsache des internationalen Rüstungshandels und der extrem hohen Rüstungsausgaben ist der Irrwitz des Jahrtausends. Das Geld wäre besser angelegt in friedenspolitischen Initiativen, Bildung für den Frieden und die internationale Solidarität. Aus diesen Gesichtspunkten heraus unterstützen wir die Aktivitäten der AFI so gut es uns möglich ist.

gew-augsburg.de



Augsburger Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung

Der Augsburger Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung wurde 2008 etabliert und ist die einzige entsprechende Einrichtung in Bayern. Das Festjahr zum 450. Jahrestag des Augsburger Religionsfriedens von 1555 war der Anlass, an der Universität der Friedensstadt Augsburg einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl dem Schwerpunkt „Friedens- und Konfliktforschung“ zu widmen und einen sozialwissenschaftlichen Studiengang einzurichten, in dem sich Master-Studierende mit den Fragen von Krieg und Frieden, Konflikt und Gewalt auseinandersetzen sollen.

Neben den entsprechenden Lehrveranstaltungen spielt die Forschung zu Fragestellungen der Konflikt-, Friedens- und Gewaltforschung eine wichtige Rolle bei den Aktivitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls.

Wie sich Konflikte gerade auch auf kommunaler Ebene konstruktiv und ohne Eskalationsgefahren bearbeiten lassen, steht im aktuellen Forschungsprojekt „Reflexive Ansätze gesellschaftspolitischer Konfliktbearbeitung“ im Zentrum des Interesses. Ein weiteres Projekt analysiert die Entstehung und Entwicklung der Friedensforschung in Deutschland seit den 1950er Jahren mit einem besonderen Fokus auf Bayern und die Friedensstadt Augsburg. Die gesamte Forschung am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung ist geprägt von Interdisziplinarität, einem besonderen Interesse an Friedensfragen und qualitativen Forschungsmethoden. Darüber hinaus engagiert sich der Lehrstuhl unter Leitung von Prof. Dr. Christoph Weller in verschiedenen Augsburger Kooperationsprojekten, etwa bei den „Augsburger Friedensgesprächen“, bei der Peace-Summer-School, im jährlichen Friedensfestprogramm und mit Einzelveranstaltungen zu friedenspolitischen Themen, die immer wieder auch in Kooperation mit der Augsburger Friedensinitiative umgesetzt werden.

Weitere aktuelle Informationen finden sich auf der Lehrstuhl-Homepage unter:

www.uni-augsburg.de/friedensforschung



Bild: www.zivilklausel.de

pax christi ist die internationale katholische Friedensbewegung mit ökumenischem Selbstverständnis.

Entstanden in Frankreich 1945 vor dem Hintergrund des zweiten Weltkriegs wirkt pax christi heute als internationale Friedensbewegung in über 60 Ländern auf allen Kontinenten. Bei den Vereinten Nationen ist pax christi als Nichtregierungsorganisation registriert.

Als christlich motivierte und politisch engagierte Bewegung benennen wir Missstände und beziehen klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden. Wir arbeiten aus dem christlichen Glauben heraus für Versöhnung, internationale Verständigung und gerechte und zivile Strukturen des Zusammenlebens und tragen zur Überwindung von Feindbildern, Vorurteilen, Krieg, Gewalt und Ungerechtigkeit bei. Unsere Grundlage ist die aktive Gewaltfreiheit des Evangeliums.

pax christi Augsburg versteht sich als ein Teil der bundesdeutschen Friedensbewegung. Seit den Anfängen der AFI vor 40 Jahren arbeitet pax christi in diesem Zusammenschluss mit. Der Austausch und die konstruktive und offene Friedensarbeit mit den verschiedenen Gruppen sind uns sehr wichtig. Er ist zugleich Zeugnis für die Friedensfähigkeit trotz unterschiedlicher politischer, religiöser und weltanschaulicher Hintergründe. Diese Friedensarbeit ohne Berührungsängste ist auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur der Friedensstadt Augsburg. Die AFI hat über all die Jahre wichtige Friedensarbeit in der Stadt geleistet.

Schwerpunkte der Friedensarbeit

pax christi Augsburg arbeitet derzeit schwerpunktmäßig an

- einem zivilen, offenen und solidarischen Europa
- Gerechtigkeit und Versöhnung im Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern aus der Verantwortung unserer Geschichte
- einem aufrechten interreligiösen Dialog besonders mit unseren muslimischen Mitbürger*innen in Hinblick auf die gemeinsame Verantwortung der Religionen für den Frieden



- Beitragen zur Friedenspädagogik mit Friedensläufen an Schulen und eines interaktiven Friedensmuseum ‚friedens räume‘ in Lindau unter der Trägerschaft von pax christi Augsburg
- aktuellen friedenspolitischen Themen z.B. Rüstungsexporte durch politische Lobby- und Bildungsarbeit. Hinzu kommt die Ablehnung der Unterstützung kriegführender Staaten durch die Bundesregierung sowie der neue kalte Krieg.

Nähere Informationen:

pax christi Augsburg, Ottmarsgässchen
8, 86152 Augsburg

Tel. 0821/517751

e-mail: augsburg@paxchristi.de

Homepage: www.augsburg.paxchristi.de
und www.friedens-raeume.de

**pax christi beim
Augsburger
Ostermarsch 2017**



Der Verein Tür an Tür – miteinander wohnen und leben e.V. wurde 1992 gegründet, um sich für mehr Rechte und Chancen von zugewanderten Menschen einzusetzen. Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und ihre Möglichkeiten zu erweitern, für sich selbst zu sprechen, zu handeln und zu sorgen. Gleichzeitig soll in der Zusammenarbeit mit vielen Partnerorganisationen die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft erhöht werden. Der Verein organisiert Modellprojekte zur Beratung und Qualifizierung von Migranten und zur Unterstützung des Engagements von Freiwilligen.

Auch die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und die Förderung sozialer Kontakte sind Ziele der Arbeit. Mit Netzwerk- und Informationsarbeit wird ein Beitrag zur sozialen Entwicklung, zur Völkerverständigung und zur Durchsetzung der Menschenrechte geleistet. Der Verein Tür an Tür hat gegenwärtig 170 Mitglieder und bietet zusammen mit den gemeinnützigen Tür an Tür-Gesellschaften über 120 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten vom Engagement in der Sprachförderung über die Mitarbeit im Café bis hin zur Unterstützung des Wohnprojekts. Allein in der Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH sind heute über 60 hauptamtliche Mitarbeiter*innen beschäftigt.“

Nach einem spannenden Kirchenasyl und mit einem Modellwohnprojekt für Geflüchtete

Tür an Tür

und Studierende im Kopf wurde Tür an Tür 1992 gegründet. Diese Idee mündete in die Übernahme, Sanierung und Erweiterung des Europadorfs in Hochzoll, in dem Mieter unterschiedlicher Herkunft in 36 Wohnungen leben. Der Verein veröffentlichte ein Diskussionspapier zu „Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen“ und gibt in Augsburg die Straßenzzeitung Riss heraus, die soziale Themen kommuniziert und Menschen in Not eine Alternative zum Betteln bietet. 1997 eröffnete der Verein die Beratungsstelle für die Integration ausländischer Flüchtlinge, die später auch die Arbeitsfelder „Freiwilligenarbeit“ sowie „Bildung und Arbeit“ umfasst. Die Tür an Tür – Integrationsprojekte gGmbH stößt vielfältige Projekte zur beruflichen Qualifizierung von Geflüchteten und zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse an. Inzwischen betreibt Tür an Tür zusammen mit Partnerorganisationen das Zentrum für interkulturelle Beratung in der Wertachstraße. Außerdem entstand das Café Tür an Tür, in dem sich neue und alteingesessene

Augsburger treffen und gemeinsam ein vielfältiges Programm gestalten. Die Tür an Tür Digitalfabrik gGmbH sorgt beispielsweise mit ihrer App INTEGRATE für eine digitale Begleitung von Flucht-, Migrations- und Integrationsprozessen

Tür an Tür – miteinander wohnen und leben e.V.

Wertachstraße 29

86153 Augsburg

+49 (0)821/90799-0

verein@tuerantuer.de

www.tuerantuer.de

**Protest gegen
Abschiebungen am
Café Tür an Tür.
Bild: Augsburger
Flüchtlingsrat**





Seit 1947: Wider das Vergessen

1947 gründeten Überlebende des Naziterrors aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, Verfolgte und WiderstandskämpferInnen aller politischen Richtungen auch in Bayern die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN). Als einprägsames Abzeichen wurde der „rote Winkel“ gewählt – das Kennzeichen für die Kategorie der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern.



Ziel dieser überparteilichen, überkonfessionellen Organisation war zunächst die soziale Betreuung der ehemaligen Häftlinge, die zum großen Teil unter katastrophalen Lebensbedingungen

zu leiden hatten. Ihre Erfahrungen und ihr moralisches Gewicht wollten sie einbringen in die Neugestaltung dieses Landes.

So engagierten sich die Mitglieder der bayerischen VVN in vielen Aktionen gegen die Wiedereinsetzung der alten Nazis, gegen das Wiedererstehen faschistischer Organisationen, gegen Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung – und immer wieder gegen die „Verdrängung“. Die VVN erweiterte sich 1971 zum „Bund der Antifaschisten“ (seit 1996 „Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“). Damit konnten nun auch Menschen, die nicht selbst verfolgt waren, Mitglied der Vereinigung werden.

Die Entwicklung der VVN zeigt im Übrigen auch, wie haltlos die Diffamierung der bayerischen VVN durch Innenministerium und Verfassungsschutz ist; deren Einschätzung geht an Geschichte und aktueller Arbeit der VVN-BdA völlig vorbei und bleibt festgefahren in den Schützengräben des Kalten Krieges der 1950er Jahre.

Die VVN-BdA ist eine pluralistische Organisation, die allen offen steht, die sich gegen Faschismus und Rassismus engagieren wollen. Die Erfahrungen aus der NS-Zeit lehren uns, dass Menschen niemals in Menschen erster und zweiter Klasse eingeteilt werden dürfen, sondern Menschenrechte unteilbar sind.

Wir stellen nicht unterschiedliche politische Anschauungen in den Mittelpunkt, sondern immer wieder den Konsens im gemeinsamen Anliegen: Die Zurückdrängung faschistischer Kräfte und Ideologie.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Kreisvereinigung Augsburg

In Augsburg haben wir u.a. folgende Schwerpunkte:

- Durchführung von Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus z.B. jeden 1.11. auf dem Westfriedhof
- Vermittlung der Geschichte von Widerstand und Verfolgung unter dem NS-Regime in Form von Ausstellungen, Vorträgen und Dokumentationen
- Mitarbeit in der Initiative Denkort Halle 116 (ehemaliges Außenlager von Dachau), die sich seit 2001 für den Erhalt der Halle 116 einsetzt
- Gründung der Stolpersteininitiative Augsburg und Umgebung. Weitere Informationen: www.stolpersteine-augsburg.de
- Organisator und/oder Mitveranstalter von Veranstaltungen zu aktuellen Themen u.a. der Friedensbewegung
- Beobachtungen Rechtsextremer Aktivitäten in Augsburg und Umgebung
- Fortschreibung eines antifaschistischen Stadtrundgangs
- VVN-Archiv Augsburg: Sammlung von Büchern und Zeitdokumenten

Email: vvnaugsburg@web.de

Internet: www.vvn-augsburg.de

Instagram: [vvnaugsburg](https://www.instagram.com/vvnaugsburg)

Facebook: [VVN-Augsburg](https://www.facebook.com/VVN-Augsburg)



Der Künstler Gunter Demnig bei Verlegung der Stolpersteine für die Familie Friedmann in Augsburg.



Weltladen Augsburg Werkstatt Solidarische Welt

Als im November 1980 die ersten Augsburger Friedenswochen stattfanden, hatte ein halbes Jahr vorher eine Gruppe engagierter Menschen die Werkstatt Solidarische Welt und den Weltladen Augsburg gegründet. Frieden, Gerechtigkeit, Rüstung und Kriege waren von Anfang an Teil des Themenspektrums von Laden und Trägerverein. Und von Beginn an war deutlich, dass gerade bei diesen Themen und drängenden Anliegen nicht eine Gruppe allein etwas bewirken kann – gemeinsam und in unterschiedlichen Kooperationen beteiligten wir uns deshalb immer wieder gerne an Friedenskundgebungen, den Friedenswochen und

anderen Veranstaltungen der Augsburger Friedensinitiative. Werkstatt Solidarische Welt und Weltladen stehen in Augsburg für Entwicklungspolitik im Doppelpack: Zum ganz praktischen Angebot des Ladens, Produkte aus Fairem Handel zu kaufen und so Produzentinnen und Produzenten in Ländern des Südens direkt zu unterstützen, gehören auch

Bildungsangebote und Veranstaltungen der Werkstatt Solidarische Welt e.V. als wichtige Möglichkeit, Lebensumstände anderswo kennen zu lernen, Entwicklungen kritisch zu diskutieren und unseren Einfluss zur Veränderung geltend zu machen. Konkret wird dies unter anderem in Veranstaltungsreihen wie den Afrikanischen Wochen im Herbst, den Asien- oder Lateinamerikatagen im Frühjahr, bei einzelnen Aktionen oder wenn wir Gäste aus Ländern des Südens zu uns einladen können.

Der Faire Handel ist dabei für uns auch ein Beitrag zum Frieden: Wenn existenzsichernde Löhne bezahlt werden und Partnerschaft auf Augenhöhe praktiziert wird, wenn sich Genuss und Gerechtigkeit verbinden, fördert dies auch ein friedliches Miteinander.

Im kommenden Jahr feiern Weltladen und Werkstatt selbst die 40 Jahre seit der Gründung. Und es ist deutlich, dass Kriege und Frieden, Rüstung, Gerechtigkeit und Verantwortung als Themen in dieser langen Zeit noch immer auf unserer Tagesordnung stehen müssen. Dem Team der Friedenswochen und der Augsburger Friedensinitiative gebührt großer Dank für Ausdauer und Beharrlichkeit.

Werkstatt Solidarische Welt e.V./
Weltladen Augsburg
Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg
Tel.: 0821/ 3 72 61
Mail: www@werkstatt-solidarische-welt.de
Internet: www.werkstatt-solidarische-welt.de

Friedensarbeit 2019

- Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Mitveranstalter am Theaterstück „Die Sehnsucht nach dem Frühling“, Berliner Compagnie
- Unterstützung der „Seebrücke“
- Augsburger Ostermarsch
- Teilnahme an 1.Mai-Demo
- Kritische Aktionäre RENK bei der Jahreshauptversammlung
- Veranstaltung zur Militarisierung Europas mit Claudia Haydt
- Beteiligung an der Menschenkette für den INF-Vertrag in München
- Fahrt zur Demo nach Ramstein
- Teilnahme an der „Mayors for Peace“-Flaggenaktion
- „Frieden geht“, Schrobenhausen
- Teilnahme an der Friedenstafel auf dem Rathausplatz
- Redebeitrag bei der Kundgebung zum Antikriegstag
- Veranstaltung mit der jemenitische Menschenrechtsaktivistin Rasha Jarhum
- 40. Augsburger Friedenswochen



Bild: Weltladen Augsburg

Impressionen

aus 10 Jahren Friedensbewegung in Augsburg

Dank gebührt allen Aktiven, HelferInnen, FreundInnen und KooperationspartnerInnen der AFI, die in den vergangenen zehn Jahren daran mitgearbeitet haben, die Welt zu einem friedlicheren und damit besseren Ort zu machen – auch wenn unsere Möglichkeiten hier leider begrenzt sind.

Besonders bedanken wollen wir uns bei Gerda für viele Jahre musikalischer Begleitung der Ostermärsche und bei unseren FreundInnen von Sambamania, die dafür sorgen, dass die Demos Schwung bekommen.



Friedenslieder von Gerda:
Ostermarsch 2016



Demozug vor dem Rathaus
Ostersamstag 2014



Kleine Friedenstafel 2019 mit
„Mayors for Peace“-Flaggentag



Blickfang beim
Kinderfriedensfest
2018

Bildergalerie



Kraniche falten: Kinderfriedensfest 2015



Auf dem Königsplatz beim Ostermarsch 2015



Anti-Atom und Antifaschismus: Ostermarsch 2011



Auftritt von Sepp Raith beim Ostermarsch 2018



Mahnwache vor der Abhöranlage in Gablingen 2016

Es ist ja nicht wahr,

dass jene, die sich ›national‹ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben. Weder der Regierungsvertreter im Gehrock, noch der Oberstudienrat, noch die Herren und Damen des Stahlhelms allein sind Deutschland. Wir sind auch noch da.

Sie reißen den Mund auf und rufen: »Im Namen Deutschlands ... !«
Sie rufen: »Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.« Es ist nicht wahr.

Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.

Und so widerwärtig mir jene sind, die – umgekehrte Nationalisten – nun überhaupt nichts mehr Gutes an diesem Lande lassen, kein gutes Haar, keinen Wald, keinen Himmel, keine Welle – so scharf verwahren wir uns dagegen, nun etwa ins Vaterländische umzufallen. Wir pfeifen auf die Fahnen – aber wir lieben dieses Land. Und so wie die nationalen Verbände über die Wege trommeln – mit dem gleichen Recht, mit genau demselben Recht nehmen wir, wir, die wir hier geboren sind, wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl der nationalen Esel – mit genau demselben Recht nehmen wir Fluß und Wald in Beschlag, Strand und Haus, Lichtung und Wiese: es ist unser Land. Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es lieben.

Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht, uns: Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitliebende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn ›Deutschland‹ gedacht wird ... wie einfach, so zu tun, als bestehe Deutschland nur aus den nationalen Verbänden.

Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir.

Und in allen Gegensätzen steht – unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert – die stille Liebe zu unserer Heimat.

Kurt Tucholsky
Aus: Deutschland, Deutschland (1929)

